

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonellselle 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **243800** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die Aussperrung in Berlin.

Berlin, 8. Oktober 1905.

Unsere Berichterstattung über den gewaltigen Kampf in der Berliner Elektroindustrie brach in der Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung vom 7. Oktober mit der kurzen Mitteilung ab, daß die streikenden und ausgesperrten Arbeiter am Vormittag des 1. Oktobers mit den Unternehmern unter dem Vorherrschaft des Magistrats von Schulz in Vergleichsverhandlungen eingetreten seien. Diese Verhandlungen konnten um so weniger zu einem Resultat führen, als die Unternehmer von vornherein durch einen ihrer Anwälte erklären ließen, sie sähen die Zusammenkunft mit den Vertretern der Arbeiterschaft nur als eine Besprechung an. Der „Worte“ waren nun freilich auch schon damals genug gewechselt; aber die Arbeitervertreter willigten dennoch, um kein Mittel zur Vermeidung des Niesenkampfes unversucht zu lassen, nach 4 1/2 stündiger Verhandlung in eine Vertagung dieser „Besprechung“ auf Montag den 2. Oktober ein. Diesmal war's länger! Herr von Schulz, dessen Bemühungen zur Schlichtung des Konfliktes wir gerne anerkennen, legte einen von ihm ausgearbeiteten Vermittlungsvorschlag vor; die Vertreter der Unternehmer lehnten ihn aber von vornherein mit dem Bemerkten ab, daß sie nur Vorschläge der Streikenden annehmen bereit seien. Auch dazu waren die Arbeitervertreter sofort bereit; nur verlangten sie — um sich nicht länger an der Nase herumführen zu lassen — die prinzipielle Erklärung, daß auch die Unternehmer bereit seien, Zugeständnisse zu machen. Das lehnten deren Vertreter mit folgender Erklärung ab:

„Die Vertreter unserer Arbeiterschaft haben in der gestrigen Sitzung auf die in derselben vorgebrachte Begründung ihrer Forderungen eine Antwort gewünscht.
Die gestrigen Ausführungen haben uns keine neuen Gesichtspunkte gebracht, auf Grund deren wir unsere Auffassung der Sachlage ändern können.
Wir erklären daher, daß wir über die vor Ausbruch des Streikes eingeräumten Zugeständnisse bezüglich Höhe der Löhne nicht hinausgehen.“

Damit war zunächst jedem Versuch einer Friedensverhandlung der Boden entzogen. Auch waren inzwischen durch die immer weiter getriebenen Aussperrungsmaßnahmen der Elektrizitätsgesellschaften die Maschinen und Heizer der Berliner Elektrizitätswerke in einen Sympathiestreik geradezu hineingezwungen worden. Im Verlauf der Dinge hat sich freilich gezeigt, wie wir hier gleich vorwegnehmen wollen, daß die an diesen Sympathiestreik hie und da geknüpften Hoffnungen und Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Einmal traten denn doch bei weitem nicht alle Heizer und Maschinen aus; und dann fehlte es den Elektrizitätswerken weder an freiwilligen noch an gezwungenen Schwarzarbeitern. Zu den ersten zählen wir die auf die Silberseife und die lockenden Versprechungen der Direktion aus der Provinz herzuwärmenden Arbeitswilligen und einen Teil der Ingenieure, Buchhalter u. s. w., die sich einmal mit der Kohlenkippe vergnügen wollten; zu den letzten gehören ein anderer Teil der Angehörigen dieser Berufsstände, die um ihr bisheriges tägliches Brot bangte, und die durch ihre Vorgesetzten abkommandierten Berliner Feuerwehrmänner. Diese wurden bei Nacht und Nebel aus ihren Betten geklopft und, ebenso wie die anderen Arbeitswilligen, in den Kraftzentralen einquartiert und verpflegt. Es mag manchem dieser uniformierten Proletariat hart angekommen sein, den kämpfenden Brüdern so in den Rücken zu fallen; aber das Kommando der „königlichen“ Feuerwehr befehlt und — die Mannschaften haben zu gehorchen, als ob sie grüne Rekruten wären! Unter solchen Umständen war die Stromlieferung der Elektrizitätswerke nur verhältnismäßig wenig eingeschränkt: Straßenbahnbetrieb und elektrische Beleuchtung funktionierten, wenn auch mit einigen Störungen. In einzelnen Zentralen, so in Ober-Schöneweide sollen infolge ungelegener Manipulationen schwere Maschinendefekte zu verzeichnen sein; die Direktion bestreitet es in einer pressfesteiligen „Berichtigung“; genaueres läßt sich zurzeit nicht feststellen, da die Kraftzentralen geradezu hermetisch abgeschlossen gehalten werden. Es gehört schon eine „Natur“ dazu, sich als Proletariat so in den Waffentäften packen zu lassen, während draußen der Kampf tobt! Natürlich hat jetzt die Werkdirektion die offene Hand. Arbeitswillige sind noch nie so teuer gewesen. . . .

Die Berliner Elektrizitätswerke ließen öffentlich bekannt machen, daß sie sich der „Unterstützung der Staatsbehörden“ bei ihren Vorkehrungen gegen Betriebsstörungen zu erfreuen hätten; eine Zeitlang hieß es sogar, daß Militär an die Dynamomaschinen kommandiert worden sei; auch wurde behauptet, daß Angehörige der Eisenbahnbrigade in Verkleidung in die Werke geschmuggelt worden seien. Mögen die lesterwähnten Nachrichten nun richtig oder falsch sein, die Befanntmachung der Direktion genügt schon, um den Arbeitern die Natur des Klassenstaats wieder einmal zu enthüllen.

Es versteht sich ganz von selbst, daß nach dem durch die Unternehmer verschuldeten Abbruch der Verhandlungen die Kühnemannern sofort auf dem Plane erschienen. Der „Bund der Arbeitbeitgeber Berlins“ sowie die „Bereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten“ versandten prompt an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben:

„Die Arbeiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sowie der Aktiengesellschaft Siemens & Halske und die Siemens-Schuckertwerke befinden sich im Streik. Wir ersuchen niemanden, der zuletzt bei diesen Werken in Arbeit getreten hat, einzustellen und ganz besonders die Meister darauf hinzuweisen.“

Diese Haltung des Unternehmertums, das seine wirtschaftliche Macht ohne Skrupel auszunutzen sucht, wurde auf der anderen

Seite aber durch neue Beweise der Solidarität bei den Arbeitern wettgemacht. Am Montagabend tagten zwei überfüllte Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Glühlampenfabriken der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens-Werke. Diese Abteilungen sind zurzeit, wie die Kernlampen-Abteilung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, sehr stark beschäftigt und daher von den Direktionen bei der Aussperrung „geschont“ worden. Sie hatten wohl darauf gehofft, daß die vielen Arbeiterinnen in diesen Fabrikabteilungen sich zu einem unsolidarischen Verhalten bereit erklären würden. Da hatten sie sich aber gründlich verrechnet. Am Montag den 2. Oktober erklärten die beiden erwähnten Versammlungen einstimmig:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß nachdem sie Kenntnis von den Ursachen der „Streiks“ und dem derzeitigen Stand der Aussperrung genommen haben, sie es für ihre Pflicht erachten, ihre von den Elektrizitätsgesellschaften ausgesperrten Arbeitsgenossen zu unterstützen.
Die wirksamste Art der Unterstützung erblicken die Versammelten darin, daß auch sie die Arbeit niederlegen und keiner von ihnen morgen zur Arbeit geht.“

Damit traten zirka 4000 weitere Arbeiter und hauptsächlich Arbeiterinnen der beiden Elektrizitätsgesellschaften in den Solidaritätsstreik ein, wodurch nun auch die Glühlampenwerke lahmgelegt wurden. Der Arbeitsniederlegung in den Glühlampenfabriken folgte der Sympathiestreik der Lagerarbeiter, Packer und Hofarbeiter in der Versandabteilung der Siemens-Schuckert-Werke am Rastanischen Platz. Diese Arbeiter waren fast alle im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisiert.

Vorur wir den Ereignissen weiter in einzelnen folgen, müssen wir zunächst auf die insamen Pressmanöver hinweisen, in denen sich die Goldschreiber des Unternehmertums geüben. Bei diesen gewaltigen Kämpfen in Berlin war von vornherein sicher, daß die gesamte bürgerliche Presse die Partei der „Großinsurgenten“ nehmen würde. Es handelt sich ja nicht allein um die an sich wahrhaftig sicher mächtig genug dastehenden Elektrizitätswerte, sondern hinter diesen türmt sich doch das ganze ungeheure Bankkapital der Reichshauptstadt auf. Diesen Mächten zu mißfallen würde für mehr als eine Berliner Zeitung einfach das Todesurteil bedeuten. War also, wie gesagt, die Stellung der bürgerlichen Presse inschwer vorauszuweisen und vorauszusagen, so muß doch die Methode, die sie im Kampfe gegen die Arbeiter anwandte, als geradezu abstoßend bezeichnet werden. Um die „Schuld“ der Arbeiter nur ja recht deutlich zu machen und die Sympathien aller Unbeteiligten auf Abwege zu drängen, wurden fast täglich falsche Nachrichten über Vermittlungsvorschläge lanciert, die natürlich alle an der Hartnäckigkeit der „Heizer“ oder auch — zur Abwechslung einmal — an der der „Verheizen“ scheiterten. Als aus einem privaten Schreiben eines ausgesperrten an den Oberbürgermeister Kirchener, das ohne Vorwissen der Streikleitung abgefaßt worden war, eine Haupt- und Staatsaktion gemacht werden sollte, um Mißtrauen in den Reihen der Kämpfenden zu erzeugen, staltete die Streikleitung dem Herrn Kirchener kurz und bündig ihren Dank für seine Vereinnahmung zu Verhandlungen ab, erklärte aber auch, daß die Arbeiter zwar immer zu Verhandlungen bereit seien, jedoch im gegenwärtigen Moment für sie kein Anlaß vorliege, solche nachzusuchen“. Auf ähnliche Prestreibeereien, die sich mit der Person des Herrn von Schulz befaßten, gehen wir hier nicht weiter ein.

Auf den 5. Oktober fielen wieder zwei Solidaritätserklärungen von beiden Seiten. Die „Kühnemannern“ (Verband Berliner Metallindustrieller) ließen durch Anschlag folgendes bekanntgeben:

„Eine Anzahl von Arbeitern der unserem Verband angehörenden Firmen Siemens & Halske, Aktiengesellschaft, und Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft haben die Arbeit niedergelegt, weil von ihnen gestellte Forderungen nicht in vollem Umfang bewilligt werden konnten: sie haben dadurch den Weiterbetrieb großer Werke unmöglich gemacht. Der Vorstand Berliner Metallindustrieller hat nunmehr beschlossen, sich mit den betroffenen Firmen solidarisch zu erklären, und die Schließung der Betriebe der übrigen Verbandsmitglieder zum 14. Oktober angeordnet.“

Wird diese Aussperrung — was sich zur Stunde noch nicht übersehen läßt — verwirklicht, dann fliegen am 14. d. M. nochmals 20000 Mann auf die Straße. Es würden dann 60000 Personen arbeitslos, 200 000 bis 300 000 Personen beim Kampfe direkt oder indirekt interessiert sein. Mit der Androhung der neuen Maßregel beschäftigten sich am 5. Oktober 25 völlig überfüllte Volksversammlungen, die einstimmig einer Resolution zustimmten, die den Kampf, den die Kapitalherren der Elektroindustrie ihren Arbeitern auferlegt haben, für eine gemeinsame Sache der gesamten Arbeiterschaft erklärte.

Am Mittwoch den 4. Oktober erließen der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission — mit Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands — und des Gewerkschaftsrates der Sozialorganisierten einen Appell zu Selbstsammungen, zunächst an die Arbeiter Berlins und der Umgegend. Bis zum Sonntag den 8. Oktober waren daraufhin zirka 5000 M. zu quittieren gewesen. Die im Gewerkschaftshaus ausgegebenen Sammellisten, wurden in einer Zahl von nahezu 7000 abgeholt!

So hand die Angelegenheit bis zum Sonnabend den 7. Oktober. Zur Kennzeichnung der Situation erwähnen wir noch, daß die natürlich wieder bei diesen Gelegenheiten in hellen Scharen aufgebotene Polizei rein gar nichts zu tun bekommen hat. Die übliche Form ihres „Kleinrieges“ gegen die Streikposten entlockt uns nur ein mitleidiges Lächeln. Nicht einmal der „zuverlässigste“ Richter vermag die Laten der Berliner Hermandad auf diesem Gebiet in jedem Falle zu billigen. Das ist eine Kritik, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann.

Eine neue Phase des Kampfes begann mit dem Sonnabend. Der Oberbürgermeister Buech trat in Aktion. Von der Zentralstelle der deutschen Arbeitgeberverbände aus versandte er ein Zirkular,

das einen schwächlichen Eingriff in die gesetzlich gewährleistete Erwerbsfreiheit bedeutet, aber selbstverständlich, wie alle diese Gesetzesverhöhnungen der Unternehmer, straflos bleiben wird! Die Zentralstelle der Schachtmacher verordnete:

„An die der Hauptstelle angehörenden Verbände und Betriebe richten wir, insolge einer aus Grund des abgeschlossenen Kartellvertrages ergangenen Anweisung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, die dringende Aufforderung, die Firmen in der Abwehr des Angriffs zu unterstützen, dadurch, daß sie die aus der Berliner Elektrizitätsindustrie kommenden Arbeiter nicht aufnehmen beziehungsweise in den letzten Tagen aufgenommenen wieder entlassen, und daß sie jener diese Maßregel auch zugunsten der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller eintreten lassen, falls diese Betriebe am 14. Oktober geschlossen werden.“

So wird also immer neuer Zündstoff in die Arbeiterschaft geworfen. Und angesichts dieser Tatsache begeht die Unternehmerpresse die Arbeiterführer dann als Heizer. Ein eckes und frevelhaftes Spiel!

Wirtschaftliche Rundschau.

Reichsarbeitsblatt, Arbeitsmarkt-Korrespondenz und Ausführstatistik sind darüber einig, daß die Lage der elektrischen Industrie äußerst günstig ist. Die Produktionsmenge ist, dessen kann man fast sicher sein, größer als sie es jemals war und die Preise bringen reichlichen Profit. Diese Tatsache besteht und es hat wenig Zweck, im gegenwärtigen Augenblick darauf einzugehen, weshalb dies so ist, und den Unterschied zwischen der Hochkonjunktur von 1900 und der jetzigen ausführlich zu erörtern. Demals spielten die städtischen Beleuchtungszentralen die Hauptrolle, heute sind es die Kraftübertragungsanlagen. Wichtiger ist es, den wirtschaftlichen Wirkungen des Streikes der Berliner Kapitale nahezu kommen.

Die Gedanken der Herren Matheman und Berliner leiden nicht an übergroßer Originalität. Sie suchen es den Herren vom Ruhrrevier nachzutun, diese womöglich noch zu übertreffen. In dem einen Punkte wird ihnen das sicherlich gelingen. Sie werden sich dieselben schweren Verluste holen, die jetzt in den Geschäftsabstößen der Berg- und Hüttenwerke erscheinen. Besonders dürfte das die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft erreichen, denn sie hat auch die Maschinenfabrik und die Apparatenbauabteilung geschlossen, während Siemens-Schuckert in ihren in Nürnberg gelegenen Abteilungen dieser Art diesmal den Kampf nicht provozierten. Günstiglich der Kabelfabrikation werden beide Gesellschaften in gleicher Weise betroffen. Sehen wir nicht fehl, so meinen die Herren Direktoren gegenwärtig genug zu profitieren, um sich auch einmal einen Krieg leisten zu können.

Als Schraube ohne Ende bis zum nächsten Krach präsentierten sich die Preissteigerungen in der Industrie. Die in unserer letzten Rundschau angekündigten Erhöhungen des Roheisenpreises sind inzwischen tatsächlich erfolgt, sie betreffen Puddel- und Stahleisen, Feijemern- und Walzengusseisen und betragen 3 M. pro Tonne. Der Preis des Gießereiroheisens wird vorläufig nicht erhöht. Natürlich folgen jegliche die Weiterverarbeiter: Die Rheinisch-Westfälischen Bandeisenerwerke haben ihre Preise um 2 bis 2,50 M. erhöht. Auch die Zinkblechpreise erfahren eine neuerliche Preissteigerung um eine Mark. Daß die fortwährende Verteuerung der Rohmaterialien sich jetzt auch direkt den Konsumenten bemerkbar macht, mag an dem Beispiel der Berliner Lampenfabrik Nickel & Fleißhauer gezeigt werden, die die Preise für Zinkguß- und Bronze-lampen um 5 Prozent erhöhte.

In der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisengießereien wurde anschließend an eine Besprechung der Marktlage festgestellt, daß die Werke alleseitig mit Aufträgen reichlich versehen sind, daß aber infolge der erhöhten Rohstoffpreise die erzielten Warenpreise nicht im Einklang mit den Herstellungskosten sich befinden. Die Versammlung beschloß daher mit einer allgemeinen Preissteigerung vorzugehen. Die Gruppen werden ersucht, für die baldige Durchführung dieses Beschlusses Sorge zu tragen.

Ebenso wie der Arbeitsmarktbericht sind die Produktionsziffern der Eisenindustrie für August sehr günstig. Die Roheisenproduktion betrug in Deutschland und Preußen 968000 Tonnen gegen 942000 Tonnen im Juli 1905 und 851000 Tonnen im August 1904. Der Stahlwerkverband versandte 170000 Tonnen Halbzeug (im Juli 146000 Tonnen) 121000 Tonnen Stahnen (120000) und 142000 Tonnen (147000) Formeisen. Die Ausfuhr ist ganz bedeutend gestiegen.

Von der Höffenschen Gründung eines Stabeisenverbandes hört man jetzt nichts mehr.

Als eine unangenehme Überraschung ist es zu bezeichnen, daß zwischen dem Hochofenwerk Kraft bei Stettin und dem Roheisenfabrikat eine Einigung zustande gekommen. Dieses Werk hat mit dem Kartell erfolgreich konkurriert und in den letzten Jahren 10, 5, 6 und 8 Prozent Dividende verteilt. Warum nun tritt es jetzt dem Syndikat bei? Zwei recht glaubhafte Begründungen werden dafür gegeben: Der Einfluß der Banken und die Furcht vor dem Konkurrenzwerk, das bei Lübeck errichtet werden soll. Das Syndikat wird dem Stettiner Werk sein Gebiet anweisen, in welchem es die Konsumenten schröpfen kann. Der formelle Beitritt wird erst in einem Jahre erfolgen.

Die königliche Volkszeitung schildert die Aussichten der etwa dreißig bestehenden Waggonfabriken in Deutschland als günstig auch für die Zukunft, wenn nicht neuer Wettbewerb kommt. Für die preussischen Staatsbahnen haben die Fabriken bis zum Frühjahr volle Arbeit; einige Werke arbeiten bis zur äußersten Leistungsfähigkeit. Wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, stehen für nächstes Frühjahr ganz bedeutende Bestellungen für die preussischen Staatsbahnen in Aussicht. Man erwartet in den Kreisen der Waggonfabriken die Beschaffung von 13 bis 14000 Stück Güterwagen. bis

In diesem Herbst geübt und im nächsten Frühjahr und Sommer zur Ablieferung gebracht werden sollen. Die Staatsbahnverwaltung hält darauf, daß die noch laufenden Aufträge pünktlich bis Ende März erledigt werden, damit die Fabriken Luft für die neuen Arbeiten bekommen. Damit steht auch der Arbeitsmarktbericht für August in Übereinstimmung. Bezüglich der Waggonbauanstalten im Rheinland wird sogar Arbeitsmangel konstatiert. Über regelmäßige Beschäftigung der Fabrik berichtet auch die Gothaer Waggonfabrik vormals Rothmann & Gluck, die im letzten Jahre trotz sechswohigen Streiks ihren Absatz von 1305000 auf 1945000 Mk. steigerte. Der Betriebsüberschuss beträgt aber nur 60000 Mk. (im Vorjahr 18000 Mk. Verlust). Da die Gesellschaft noch an einem Defizit aus früheren Jahren krankt, wird zur Sanierung das Kapital reduziert.

Die wohl bedeutendste Maschinenfabrik Sachsens, die Maschinenfabrik vormals Rich. Hartmann in Chemnitz, ist auf dem Wege zu normalen kapitalistischen Verhältnissen. Im vorigen Jahre gab es einen Verlust von 728000 Mk., der aus dem Reserfonds gedeckt wurde. In diesem Jahre brachten der Lokomotiv- und Dampfmaschinenbau noch Verlust, im ganzen gibt es aber nach 498000 Mk. Abschreibungen (im Vorjahr 383000 Mk.) einen Reingewinn von 80000 Mk. und mit Heranziehung der Reserven wird eine Dividende von 2 Prozent verteilt. Gegenwärtig sind die Aussichten besser und die Verwaltung erwartet eine höhere Dividende, falls kein Rückschlag in der Konjunktur eintritt.

Die bekannte Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vormals Sed in Dresden nützt ihren Ruf weitlich aus. Der Umsatz beträgt 6,298 Millionen, der Reingewinn nach Abzug der Abschreibungen 637000 Mk. (im Vorjahr 560000), woraus eine Dividende von 12 Prozent (im Vorjahr 11) verteilt werden wird.

Die hannoversche Maschinenbauanstalt vormals Eggershoff verbleibt bei ihrer vorjährigen 26prozentigen Dividende.

Die Märkische Maschinenbauanstalt vormals Kamp in Wetter hat statt ihres vorjährigen Verlustes von 78000 Mk. einen Reingewinn von 27000 Mk. nach 71000 Mk. Abschreibungen.

Die Werkzeugmaschinenfabrik „Union“ vormals Diehl in Chemnitz verteilt 2 Prozent (im Vorjahr 0).

Die H. W. Dinnenbahl-Werke, Steele a. d. Ruhr hat einen Verlust von 123000 Mk. (im Vorjahr 74000 Mk. Reingewinn und 5prozentige Dividende). Als Ursache des Verlustes werden fortwährender Arbeiterwechsel (hauptsächlich wegen der Dinnenbahl'schen Löhne) und Neubauten der Fabrik angegeben.

Die Reiterstiegwerft in Hamburg hat einen Bruttogewinn von 1274000 Mk. (im Vorjahr 1620000 Mk.). Davon werden 839000 Mk. (871000 Mk.) zur Deckung der „Ankosten“, 150000 Mk. (800000) für Abschreibungen verwendet und ein Reingewinn von 167000 Mk. (im Vorjahr 331000 Mk.) berechnet. Die Dividende wird mit 6 Prozent (im Vorjahr 10) bemessen. Die Verwaltung klagt über die Konkurrenz der Schiffswerften untereinander, die gesteigerten Ansprüche der Reeder und der Arbeiterchaft.

Die Deutschen Elektrizitätswerke, Garbe, Rahmeyer & Co., Aktiengesellschaft in Aachen, eine der kleineren Gesellschaften, erzielte einen Reingewinn von 79000 Mk. (im Vorjahr 35000 Mk.), verteilt aber keine Dividende. Der Geschäftsgang wird günstig genannt.

Die Schloßfabrik Schulte in Welbert verteilt 7 Prozent gegen 6 im Vorjahr.

Über die Jahresabschlüsse der Eisen- und Stahlwerke liegt eine solche Fülle von Nachrichten vor, daß wir nur das wichtigste mitteilen können.

Das Falper Eisen- und Stahlwerk verteilt eine Dividende von 9 Prozent (im Vorjahr 8 Prozent) auf das von 3 auf 5 Millionen erhöhte Kapital, obwohl der Umsatz nur von 12,5 auf 12,7 Millionen gestiegen ist. Diese Gesellschaft steht nach einer Hinsicht ganz vereingelt da. Sie gibt nämlich Ziffern über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und die Lohnhöhen an. Es wurden durchschnittlich 1080 (im Vorjahr 1080) Arbeiter beschäftigt mit 1484589 Mk. (1485712 Mk.) an Löhnen ausbezahlt. Der Jahreserdienst der Arbeiter wird im Durchschnitt mit 1328 Mk. (1335 Mk.) berechnet. Die Gesellschaft hat drei Hochöfen von je 250 Tonnen Tagesleistung mit einer 12000-pferdigen Widgasanlage im Bau, mit welcher die Walzwerke elektrisch betrieben werden sollen, und wird vom nächsten Jahre an ihr flüssiges Hoheisen direkt zu Stahl verarbeiten. Die Aussichten sind günstig.

Der Aufsichtsrat der gegenwärtig der Verein so interessanten Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent (im Vorjahr 0) vorzuschlagen. Der vorgelegte Abschluß weist einschließlich 480000 Mk. (347000 Mk.) Vortrag aus dem Vorjahr nach Abzug der Anleihe- und Hypothekenzinsen einen Bruttogewinn von 4138834 Mk. (298109 Mk.) aus. Hieron dienen zu Abschreibungen 2 Millionen Mark (1757577 Mk.), zur Aufzählung der Reserven auf die jahungsmäßige Höhe 69018 Mk. und zum Vortrag auf neue Rechnung 474000 Mk. Ein durch den Bergarbeiterstreik entstandener Verlust beziffert die Verwaltung auf rund 1200000 Mk.

Die Börse wurde enttäuscht durch die Festsetzung der Dividenden der Harpener Bergbau-Gesellschaft auf 9 Prozent gegen 11 Prozent im Vorjahr. Die Generalisten haben sich um 800000 Mk. erhöht die Produktionsmengen sind in der Hauptsache dieselben geblieben. Wir heben hervor, daß die Verteilung Eisenkonstruktion 91000 Mk. (im Vorjahr 100000 Mk.) Gewinns brachte. Die Streik-unfällen betragen 179000 Mk.

Ingeheuer sind die Ziffern, mit denen die Rheinischen Stahlwerke in Weidenrich arbeiten, deren Geschäftsabschluss wir schon kurz erwähnten. 700000 Mk. Verlust durch den Bergarbeiterstreik und dennoch wie im Vorjahr 2,6 Millionen Reingewinn und 9 Prozent Dividende!

Das Eisenwerk Rote Erde hat einen Reingewinn von 65000 Mk. aus einem Betriebsüberschuss von 288000 Mk. (im Vorjahr 50000 Mk.). Die Unterbilanz vom Vorjahr ermäßigt sich dadurch von 262000 auf 266000 Mk.

Die Westfälischen Stahlwerke in Bochum haben einen Reingewinn von 240000 Mk. (im Vorjahr blieb nach den Abschreibungen nichts mehr übrig). Der Reingewinn wird aber nicht verteilt, sondern zusammen mit einer Million aus dem Reserfonds zu außerordentlichen Abschreibungen verwendet mit Rücksicht auf die großen Bauten der Gesellschaft.

Der Georg-Maria-Bergwerk- und Hüttenverein bei Osnabrück wird seinen Aktionären 5 Prozent auf die Vorkasse, wie im Vorjahr und 3 Prozent (3/2) auf die Stammaktien geben.

Die Friedrich Thomsen, Aktiengesellschaft in Verdahl i. W., verteilt 6 Prozent. Der Bruttoüberschuss ist von 123000 auf 176000 Mk. gestiegen.

Die Eisenhütte Westfalia in Bochum verteilt wie im Vorjahr 14 Prozent.

Das Annener Gußstahlwerk, das eigentlich schon zu der Arbeiterzeit der Industrie zu zählen ist, hat nach 76000 Mk. Abschreibungen nur 68 Mk. Reingewinn. Die Unterbilanz beträgt nach wie vor 710000 Mk.

Das Gußstahlwerk Witten hingegen wird 13 Prozent (im Vorjahr 6 Prozent) als Dividende verteilt. Der Siegen-Solinger Stahlwerkeverein gibt 8 Prozent. Gegenwärtig hat er höhere Aufträge.

Aus Lothringen liegen ebenfalls Nachrichten vor. Der Lothringer Hüttenverein Dumesq-Friede hat einen Betriebsüberschuss von 4438000 Mk. (im Vorjahr 2550000 Mk.) und verwendet zu außerordentlichen Abschreibungen die ungeheure Summe von 1386000 Mk. (im Vorjahr 2060000 Mk.). Nicht genug daran, wird auch der ganze Rest zu Rücklagen verwendet. Man sieht hier wie bei den Westfälischen Stahlwerken, welche ungeheure Summen die deutsche Eisenindustrie gegenwärtig in ihren Werken anlegt und wie aus diesem Umstand zum nicht geringen Teile die gegenwärtige gute Konjunktur der liefernden Industrien zu erklären ist. Wenn dann bei der nächsten Krise die Werke sich wieder als viel zu groß herausstellen werden, dann wird man uns vorrechnen, daß die Eisenindustrie eigentlich gar keinen Profit hat, weil keine Dividenden verteilt werden.

In der Generalversammlung der Kombacher Hüttenwerke wurde die bereits gemeldete Verschmelzung mit der Roselshütte ausführlich mit dem Hoheisenbedarf der Gesellschaft begründet. Sie wird nach der Vereinigung unter anderem auch eine elektrische Kreisbahn besitzen.

Aus Oberschlesien ist der Bericht der Vereinigten Königs- und Laurahütte das wichtigste. Auch sie enttäuscht die Börse. Der Bruttogewinn der Gesellschaft, der durch die ungünstigen Verhältnisse auf den russischen Märkten wesentlich beeinflusst wurde, beträgt nach Deckung aller Geschäftskosten und Obligationen 6590507 Mk. (7116051 Mk.) und der Reingewinn nach Absetzung der ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen von den Anlagewerten in Höhe von 3500962 Mk. (wie im Vorjahr) 3089545 Mk. Der Aufsichtsrat beschloß, der am 30. Oktober stattfindenden Generalversammlung die Auszahlung einer Dividende von 10 Prozent (im Vorjahr 11 Prozent) des Aktienkapitals und von dem verbleibenden Rest Zuwendungen an einige Wohlfahrtsvereinigungen, an Kirchen und gemeinnützige Anstalten im Betrag von 136724 Mk. vorzuschlagen.

Der Verkauf der schlesischen Hüttenwerke an Walzeisen aller Art betrug 141100 Tonnen, um 4725 Tonnen mehr als der bis dahin höchste des vorigen Jahres. Der Beschäftigungsgrad sämtlicher Werke der Gesellschaft, auch der russischen, war am Schlusse des Geschäftsjahres durchaus betriebsfähig.

Die Hulschinskischen Hüttenwerke verteilen 7 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahr. Die dem Aufsichtsrat bei seiner Beschlusfassung vorgelegte Halbjahresbilanz der mit Hulschinsky vereinigten Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsanstalt erhielt die Note „befriedigend“.

Die Arbeiterfrage in der Weissblechfabrikation.

In Preußen-Deutschland ist Regierungsgesundheits, die Arbeiter als Objekte zu betrachten, die man nur insofern berücksichtigt, als die „Industrie“ keinen Schaden leidet. Man hat sich vom grünen Tisch unter dem Druck der starken Unternehmerkoalitionen dazu bequemen müssen, die Unternehmervertreter zu hören, wenn Maßnahmen mit bezug auf Industrie und Handel getroffen werden sollen. Die Arbeiterorganisationen oder ihre Vertreter betrachtet man aber regierungsfeindlich immer nur noch als unbeachtliche Größen. Wie sehr diese vorhin erwähnte Regierungsmarine der Regierung selbst ein Bein stellt — wir nehmen an, die Regierung sei ernstlich bemüht die Wahrheit zu erfahren — geht mit schönster Klarheit aus den „konföderalistischen Verhandlungen“ über das Deutsche Weissblechsyndikat hervor, die im Reichstagsgebäude am 19. Juli d. J. stattfanden. Der Reichsanzeiger Nr. 172 veröffentlichte das 30 Seiten starke (korrigierte) stenographische Protokoll der Sitzung.

Das Weissblechsyndikat ist nicht nur das älteste, sondern auch wohl das interessanteste deutsche Unternehmeryndikat. Es besteht schon seit 1862. Dazwischen befinden sich 3 Weissblechfabriken. Heute sind die Werke Germania in Neuwied, Neu-Ege in Westfalen und Grillo-Funk in Schalle eingegangen oder (Schalle) sie fabrizieren kein Weissblech mehr. In ganz Deutschland fabrizieren nur noch Weissbleche die fünf Firmen Dillinger Hüttenwerke, Bendel & Co. in Hayingen, Raffelstein in Neuwied, Hüfener Gewerkschaft in Hüßen in Westfalen, und Phönix, Abteilung Nachrodt in Westfalen. Andere Weissblechfabriken existieren in Deutschland nicht, die fünf Werke haben im Inland ein Monopol. Das Weissblechsyndikat ist das „Ideal eines Kartells“, wie Prof. A. Wagner in der Sitzung am 19. Juli sagte, was die Interessenten natürlich nicht gelten lassen wollten.

Der Verbrauch Deutschlands an Weissblech ist in der Zeit von 1887 bis 1904 von 16748 auf 66491 Tonnen gestiegen. Davon bedeckte das Syndikat (Sitz in Köln) 1887: 82 Prozent, 1897: 74 Prozent, 1904: 72 Prozent. Wir haben es hier mit der höchst seltenen Erscheinung zu tun, daß die Verbraucher (Einkaufsfabrikanten, Zwischenhändler, Großhändler etc.) das Syndikat bestürmen mit Aufträgen, dieses aber hartnäckig erklärt, den Bedarf nicht decken zu können. Einmal allerdings reichte das Syndikat den Privaten die volle Bedarfsdeckung in Aussicht, aber zugleich teilte es der Militärverwaltung mit, die von ihr geforderte Menge nicht liefern zu können. Die Geschäftsleitung des Syndikats ist überhaupt groß in der Entnützung von unläßlichen Widerprüchen. In der Tat steht aber fest, daß während in den anderen Industriezweigen stets geklagt wird über Mangel an Rohstoff, die Weissblechfabrikation an einem Überflus von Aufträgen „leidet“.

Es ist nun charakteristisch, daß trotz vielmündigem Ein- und Herreden am Ende die Frage nach den Ursachen der Unterproduktion durchaus ungenügend beantwortet war. Ein „Rästel“ könnte sich auf das andere. Auf die den Kern der Sache treffenden Fragen des Abgeordneten Kollenshuber (der als neutraler Sachverständiger bei Verhandlungen beizutreten) gingen die Syndikatsherren entweder gar nicht ein, oder sie gaben ausweichende Antworten. Fragte jemand nach dem Preis des Rohmaterials, den Arbeiterlöhnen oder dem Produktionsgewinn, so verhielten sich die Fabrikanten hinter „Geschäftsgeheimnisse“, behaupteten aber stets unter hohen Materialpreisen, hohen Frachten, hohen Löhnen etc. darauf zu leiden, das keine ganz Konstanten zu erzielen sei. Solche Behauptungen bleiben so lange ungeheuerliche, bis sie mit konkretisierbaren Daten belegt sind. Sie sind aber nicht beigebracht worden, obwohl wiederholt darauf ersandt wurde.

Wie notwendig es ist, als bei den früheren Verhandlungen über Kohlen, Holz, Hoheisen- und Gußstahlsyndikat wäre bei der Erörterung über das Weissblechsyndikat die Zurechnung von praktischen Arbeitern gemeint. Es waren nämlich die Syndikatvertreter, die hartnäckig und dreistündig behaupteten wollten, der Mangel an tüchtigen Arbeitern sei ein wesentlicher Hindernis für die gesteigerte Ausdehnung der Weissblechfabrikation. Nach den Darlegungen der Syndikatvertreter hat es den Anschein, als ob gerade für die Weissblechfabrikation ein besonders günstiger, ungeheurer Schwierig zu beschaffender Arbeitermangel vorliege. Es ist aber bekannt, daß die nachstehenden tüchtigen Weissblecharbeiter seien nur durch eine Art „Schnitz“, durch die nach der darinnischen Anpassungslehre zu begünstigende „Heranzüchtung“ der Tätigkeit von Ungelernten auf den Lohn und Gehalt zu gewinnen. Würde man diesen Gumburg vor unterrichteten Arbeitern ausgestellt haben, sie wären in schallende Heiterkeit ausgebrochen!

Der abgegebene Abgeordnete Dr. Reumer gab zur Bekämpfung der karzinischen Lehre auch ein Plätzchen von der „Zucht“ der Reimersche Feilenhauer zum besten. Feilenhauer liege „im Blute“ der Reimersche, meinte der kluge Herr Reumer, deshalb könnte kein Bezirk gegen Reimersche konkurrieren. In solchen Plätzchen ist Herr Reumer wahrhaft „groß“. Wenn er sich über das, was er erzählt, hinreichend informierte, könnte er wissen, daß die Reimersche Feilenhauer wegen ihrer vielfach hausindustriellen Form ein billigeres Produkt liefern kann. Aber das „Blut“ der Reimersche hat mit der Feilenhauer so wenig zu tun, daß auch anderswo „Reimersche Feilen“ gehauen werden von derselben Qualität.

Zieht man aber gar erst die geographische Lage der fünf Weissblechfabriken in Betracht, wie will man dann die Erzählung von den (wie gesagt gar nicht publizierten) „hohen Löhnen“ der Weissblecharbeiter und ihrer sabelhaft hohen Intelligenz aufrecht erhalten?! Naturgemäß strömt die geistig regsamste Arbeiterschaft zu den großen Städten und den großen Industriebezirken. Fest steht, daß gewisse Industrien, die keine hervorragenden Ansprüche an die Arbeiterqualität stellen, „aus Land“ ziehen wegen der dortigen mehr „willigen und billigen“ Arbeiter. Und nun sollen auf einmal das westfälische Sauerland (Hüßen), das industriearme mittelhessische Gebiet (Neuwied) und der zum Sammelpunkt eines internationalen Proletariats non bescheidener geistiger Qualität gewordene saarabische-lothringische-luxemburgische Hüttenbezirk (Dillingen, Hayingen), wo ungeheuer viel Italiener schaffen, zu Zentren höchstentwickelter Arbeiterintelligenz gestempelt werden! Welche jämmerlichen Löhne und sonstigen Arbeiterverhältnisse gerabe im westfälischen Sauerland existieren, das hätte ein zu der kontraktatorischen Verhandlung geladener saarabischer Arbeiter den Herren so drastisch und in so kurzer Zeit explizieren können, daß sofort die Erzählung von den hohen Löhnen als Märchen erkannt und zugleich auch erwiesen worden wäre, warum die in jenen Gegenden domicilierenden Fabriken an Arbeitermangel leiden können. Aus den Darlegungen der Weissblechfabrikanten bekommt man den Eindruck, als ob im Sauerland (ausgerechnet im Sauerland!) und in Neuwied kläglichste Arbeiterlöhne bezahlt würden, bessere wie selbst in den Hauptindustriebezirken. Will uns doch der Vertreter des Schaller Werkes, das die Weissblechfabrikation aus durchaus nicht plausiblen gemachten Gründen aufgeben, glauben machen, es sei gerade besonders schwer in Schalle-Gesellens, tüchtige Arbeiter zu bekommen! Die tüchtigen Arbeiter scheinen demnach lieber in das Sauerland, nach Neuwied und Lothringen zu gehen! Diese Plätzchen sind so abgeschmackt, daß man sie auch nur dort zum besten geben kann, wo keine kundigen Arbeiter zur Aufklärung bereit sind.

Gewiß erfordert die Fertigfabrikation in seinen Mechen einen größeren Prozentsatz geschulter Arbeiter als die Herstellung von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Aber das es einer „Schnitz“ bedürfe, um brauchbare Weissblecharbeiter zu erziehen, der Kasus wird alle Arbeiter der Walzwerkbranche hellau lachen machen. Solche Mäßen kann man auch nur vortragen, wo die beteiligten Arbeiter unvertreten sind. Hätte die Reichsregierung auch Weissblecharbeiter geladen, der Punkt „Arbeiterfrage“ hätte schnell eine Erläuterung gefunden, die alle Einwände des Syndikats glatt zu Boden schlug. Ist doch jedem Hütten- und Walzwerkarbeiter bekannt, daß im Sauerland und in Neuwied sehr schlechte Löhne für schwere Arbeit bezahlt werden, und deshalb geht so leicht kein perfekter Blechwalzwerkerarbeiter z. dorthin. Warum weiterten sich die Direktoren denn beharrlich, die Löhne anzugeben? In Dillingen und Hayingen wird besser bezahlt; aber die Unternehmer haben dafür eigene Koststoffquellen, und die Prosperität der Werke beweist, daß sie wahrhaftig nichts zusehen, wie sie manchmal (allen Ernstes?) darlegen wollten. Das Neuwieder Werk besitzt ebenfalls eigene Stahlfabrikation, braucht also die Platinen nicht mit Aufgeld zu bezahlen. Warum sind die Profite nicht angegeben worden, wenn sie so gering sind, um die Weissblechfabrikation unrentabel zu machen?!

Die angeblich furchtbar schwierige Beschaffung tüchtiger Arbeiter soll das Syndikat auch hindern, seine Produktion dem inländischen Bedarf entsprechend zu steigern. Wertwändig! Das Neuwieder Werk (Raffelstein), die größte Spezialfabrik, liefert 86,88 Prozent der Weissbleche Deutschlands. Es gedeiht sie aber in einem Jahre um 60 Prozent, im Laufe von zwei bis drei Jahren um 100 Prozent zu steigern! Vorher hieß es, in zehn Jahren könnte kein brauchbarer Weissblecharbeiter „gezüchtet“ werden und auf einmal hören wir, das innerhalb zwei bis drei Jahren die Produktion verdoppelt werden könne! Der traffe Widerspruch liegt so klar zutage, daß schon wegen dieser Auskunft die Behauptung des Arbeitermangels aus der Diskussion ausscheiden muß.

Die ganze Verhandlung hat den Eindruck erweckt, daß die Weissblechfabriken absichtlich die Produktion zurückhalten, um sich als monopolistische Preisregulatoren das Feld zu sichern. In feinerer Reinkheit erscheint hier der sogenannte „Schutzwall“ als eine Prämie für die Unternehmer. 5 Mk. beträgt der Zoll auf Weissbleche und das Syndikat setzt seinen Preis stets um 5 Mk. höher als den englischen. Die Beherrschung des inländischen Marktes sichert dem Syndikat stets einen profitablen Preis: es hält kein Lager, sondern liefert nur auf Bestellung. Die heimische Industrie deckt den heimischen Bedarf nicht, sie schützt allerhand Unsinnhaltiges vor gegen den Wunsch der Verbraucher, mehr zu liefern. Einem Schutzzoll bedarf die Weissblechindustrie nicht, darum auch kein Zoll der Schutzwall der „Geschäftsgeheimnisse“, wenn die Verbraucher nach der Profitrate fragen. Die fünf Weissblechwerke haben einen, auch vom Stahlwerkverband unterstützten Verband zur Ausbeutung der Verbraucher gebildet. Dies Ergebnis haben die Verhandlungen der Kartellkommission gezeigt.

Die Schweizerische Maschinenindustrie im Jahre 1904.

Der Verein schweizerischer Maschinenindustrieller hat jüngst seinen Bericht für 1904 veröffentlicht, der viel interessantes bietet, auch für die deutschen Metallarbeiter. Der Verein zählt 111 Unternehmungen als Mitglieder, die 27839 Arbeiter beschäftigen. Bei 8675 Fr. Einnahmen schließt die Jahresrechnung mit 1636 Fr. Überschuss, der Vermögensbestand beträgt 11822 Fr. Jedes Mitglied hat einen Jahresbeitrag von 25 Fr. und dazu noch 16 Fr. für je 100 oder für einen Bruchteil von 100 Arbeitern zu leisten.

Die Schweizerische Maschinenindustrie hatte in 1904 ein gutes Geschäftsjahr. Die Einnahme an Maschinen und Maschinenreihen betrug 27082788 Fr. gegen 22066788 Fr. in 1903, die Ausgabe 49503594 Fr. gegen 48114133 Fr. Die Einnahmengerichte beschränkte sich auf 27669 Doppelzentner (1903: 222968), die Ausfuhrmenge auf 342305 Doppelzentner (1903: 222968). Der Vergleich zeigt, daß Einnahme wie Ausfuhr dem Werte wie der Menge nach im Berichtsjahr erheblich gestiegen. Die Einnahme aber bedeutend stärker als die Ausfuhr; sie bleibt aber trotzdem stark hinter dieser zurück, um fast die Hälfte, was der Wert betrifft. Von den Verkaufsländern steht Deutschland mit 2023.84 Fr. (1903: 16183782 Fr.) Ausfuhr in die Schweiz und mit 11821593 Fr. (1903: 9761472 Fr.) Einnahme aus der Schweiz in erster Linie, dann folgen mit dem Export in die Schweiz, Frankreich mit 207, Österreich mit 0,84, Italien mit 0,89, alle anderen Länder zusammen mit 3,48 Millionen Franken; mit dem Import aus der Schweiz Italien mit 8,94, Frankreich mit 7,45, Ausland mit 4,57, Österreich mit 2,54, alle übrigen Länder zusammen mit 13,94 Mil-

tionen Franken. Deutschland lieferte in die Schweiz für 7,53 Millionen „andere Maschinen aller Art und fertige Maschinenteile“, für 3,95 Millionen „Maschinenteile, roh vorgearbeitet, speziell genannte“, für 1,67 Millionen Werkzeugmaschinen, für 1,08 Millionen „Maschinenteile, roh vorgearbeitet, andere“, für 1,14 Millionen „Maschinen, für 1,03 Millionen land- und hauswirtschaftliche Maschinen, für 0,84 Millionen eiserne Konstruktionen u. s. w. Aus der Schweiz bezog Deutschland für 6,04 Millionen „andere Maschinen aller Art und fertige Maschinenteile“, für 1,59 Millionen Dynamom- und elektrische Maschinen, für 1,41 Millionen Webstühle und Webereimaschinen, für 0,95 Millionen Spinnereis- und Zwirnereimaschinen, für 0,49 Millionen Mähreimaschinen u. s. w. In der Einfuhrmenge von 0,98 Millionen Kilogramm Rohreisen partizipiert Deutschland mit 0,50 Millionen, Frankreich mit 0,30, England mit 0,14, mit 1,20 Millionen Doppelzentner Eisenblech, 73763 Doppelzentner Eisenblech, 60067 Doppelzentner Nähten, 1365367 Doppelzentner Steinkohlen und 1073172 Doppelzentner Koks deckte Deutschland fast den ganzen Bedarf der Schweiz an diesen Rohstoffen und Fabrikaten. Es erhellt daraus, welche große handelspolitische Bedeutung die Schweiz für Deutschland besitzt.

Im Textteil des Berichtes wird zu der Handelsstatistik und zur Geschäftslage bemerkt: „Die Fabrikation muß nachdringender ihre Anlagen und Einrichtungen immer verbessern und verbessern, um ihre Erzeugnisse nicht nur in gleicher Güte wie bisher, sondern auch zu tüchtig billigeren Preisen auf den Markt bringen zu können und sich namentlich dadurch auch das schweizerische Absatzgebiet zu erhalten. Ihre Lage wird durch die verschärferten Zolltarife und durch die immer unerfreulicher sich gestaltenden Arbeiterverhältnisse dabei immer schwieriger. Sie kommt namentlich in den trotz der Verteuerung der Produktion stetig sinkenden Verkaufspreisen zum Ausdruck und bringt es mit sich, daß die Konkurrenzverhältnisse immer schwieriger werden.“ Zu diesen gewohnheitsmäßigen Forderungen des Sekretärs der schweizerischen Maschinenindustrie ist zu bemerken, daß die Aktiengesellschaften der Branche bis zu 10 und 18 Prozent (Neuhäuser Aluminiumgesellschaft) Dividenden nebst seitens Tantiemen verteilt sowie ihre Reservefonds reichlich dotiert wie bedeutende Abschreibungen gemacht haben. Die Unternehmer jammer über „gebrückte Preise“, über „schwierige Konkurrenzverhältnisse“, über „unerfreuliche Arbeiterverhältnisse“ und wenn sie 100 Prozent Dividenden einnehmen können. Und daraus können aus diese Forderungen auch nicht im mindesten imponieren. Zu den „unerfreulichen Arbeiterverhältnissen“ bildet übrigens die Zunahme der Arbeiterzahl in den schon anfangs 1904 dem Verein angeschlossenen Firmen um 1864 eine bemerkenswerte Illustration.

Gefragt wird auch über die Zollverhältnisse, das heißt über die Praxis mancher Zollbehörden und da mögen wohl immer wieder unangenehme Merkwürdigkeiten vorkommen. So klagt eine Schweizer Firma über die neuerdings von deutschen Zollämtern bereiteten Schwierigkeiten: „Eine Bemerkung bezüglich des Vergütungsmass nach Deutschland gestatten wir uns noch beizufügen. Wir liefern nach Deutschland Spezialmaschinen, von denen jede Maschine passender Bauart und ihres hohen Gewichtes in zerlegtem Zustand verpackt werden muß. Eine deutsche Zollbehörde hat sich nun dahin ausgesprochen, daß solche Maschinen nach Maßgabe der einzelnen Stücke und damit zu höheren Zollsätzen verpackt werden müssen, als dies nach dem deutschen Zolltarif für diese Maschinenkategorie, als komplette Maschinen, der Fall wäre. Diese Praxis ist neu, denn früher passierte eine ganze Anzahl unserer Lieferungen die Grenze ohne irgend welchen Anstand, das heißt sie wurden zum Zollanlass der bezüglichen Maschinenkategorie verpackt. Das beliebige Vorgehen einer Unionsstelle der deutschen Zollverwaltung steht den Bestimmungen des Handelsvertrags mit Deutschland entgegen und es liegt auf dem Hand, daß durch die genannte Maßregel der Schweizer Export gegenüber dem deutschen sehr benachteiligt würde. Wir haben daher Anlaß genommen, uns an zuständige Stelle zu beschweren.“ Man wird die hier kritisierte Praxis ohne weiteres als eine nicht loyal bezeichnen müssen und sie bleibt das, möge sie in welchem Lande immer geübt werden.

Den Lehrlingswesen, der Arbeiterbewegung, den Arbeits- und Lohnverhältnissen werden ganze Abschnitte gewidmet. Die dem Fabrikantenverein angeschlossenen Fabrikanten meldeten im Berichtsjahre 447 Lehrlinge als ausgebildet an. 22 Lehrlinge, die die Lehrverträge nicht einhielten, wurden ebenfalls dem Vereinssekretariat gemeldet, offenbar wird über sie eine schwarze Liste geführt. Der Arbeitsnachweis des Vereins verzeichnete im Jahre 1904 388 offene Arbeitsstellen und 2165 Arbeitsuchende, denen im ganzen 8248 Adressen mitgeteilt wurden. Zu dem großen Mißverhältnis des Angebots zur Nachfrage wird bemerkt, daß es sich bei den angeworbenen Arbeitern fast immer um „minderwertige“ oder „nur mittelmäßig veranlagte“ Arbeiter handelte, die in Betrieben, wo die Werke stark beschäftigt sind, ihre Arbeitsstelle wechseln und sich dabei des Arbeitsnachweisbureaus bedienen. Zu dieser Bemerkung scheint die in mehreren Einzelberichten enthaltene Bemerkung Anlaß gegeben zu haben, „daß die zugewiesenen Arbeiter sehr oft von schlechter Qualität waren“.

Zu der Darstellung der Arbeitseinstellungen herrscht der Geist des Scharfmachers, des Hasses gegen die gewerkschaftliche Organisation, der Geist des berüchtigten „Herin im Harn“. Der für das schweizerische Zolltarifergewerbe als Abschluß von Streik und Auslieferung geschaffene Tarifvertrag wird im Wortlaut mitgeteilt, desgleichen der, der zwischen der Metallarbeitergewerkschaft Zürich (Sektion des schweizerischen Metallarbeiterverbandes) mit der Aktiengesellschaft „Orion“ in Zürich abgeschlossen worden ist. Der Vertrag lautet:

Art. 1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag; an Sonntagen und Vorabenden von gefestigten Feiertagen neun Stunden ohne Lohnabzug. Art. 2. Für Abwesenheit wird ein Zuschlag von 25 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent bezahlt. Als Arbeitszeit gilt diejenige zwischen 6 Uhr bis 8 Uhr und zwischen 6 Uhr bis zum Beginn der regelmäßigen Arbeitszeit, als Nacharbeit diejenige zwischen 8 Uhr bis morgens 6 Uhr. Art. 3. Die Mindestlöhne sind für Berufsarbeiter pro Stunde wie folgt festgesetzt: Bis ein Jahr nach beiderer Jahre jeiz 45 Cts., im 2. Jahre 50 Cts., im 3. Jahre 55 Cts., im 4. Jahre 60 Cts. Selbständige Arbeiter erhalten entsprechend mehr. Frisch einreißende Hilfsarbeiter erhalten 45 Cts., geübte Hilfsarbeiter 48 Cts., Handlanger 45 Cts. pro Stunde.“ Der Art. 4 bestimmt für auswärtige Arbeiter bei täglicher Heimkehr außer dem Jahreslohn die Vergütung des Mittagessens mit 1,50 Fr.; muß der Arbeiter auswärtig logieren, so wird eine tägliche Zulage von 5 Fr. gewährt und für Lese mit hohen Pensumsentsen entsprechend mehr. Die Jahreszeit wird als normale Arbeitszeit bezahlt. Art. 5 bestimmt die tägliche Lohnzahlung, die am Samstag während der Arbeitszeit zu erfolgen hat. Als Lohnzahlung dürfen nur zwei Tagelöhne zurückbehalten werden. Die gegenseitige Kündigung beträgt 14 Tage und kann nur am Samstag erfolgen. Art. 6 schließt die sogenannten Ordnungsgelassen ab. Art. 7 bestimmt, daß sämtliche Arbeiter gegen Unfall zu versichern sind die Versicherungsbedingungen schriftlich im Geschäft anzufügen sind. Art. 8 bestimmt den 1. Mai als Feiertag. Art. 9 schließt jede Maßregelung von Arbeitern wegen Mißverlang an der Schaffung und Durchführung dieses Vertrags oder

wegen Zugehörigkeit zur Organisation aus. Art. 10 bestimmt die Wahl einer Arbeiterkommission durch die Arbeiter selbst, die eventuell in Verbindung mit dem Vorstand der Sektion Zürich des schweizerischen Metallarbeiterverbandes von der Geschäftsleitung als Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft anerkannt wird. In die Kommission dürfen nur Arbeiter gewählt werden, die wenigstens ein Jahr in der Fabrik in Arbeit stehen. Art. 11 betrifft den Anschlag dieses Tarifvertrags in den Werkstätten der Fabrik. Er setzt zugleich die Dauer des Vertrags vom 1. Mai 1905 bis 1. Mai 1907 fest mit sechsmonatlicher Kündigung, ohne die er weitere zwei Jahre in Kraft bleibt. Erfolgt die Kündigung, so bleibt dieser Vertrag so lange in Kraft, bis ein neuer geschaffen ist. Art. 12 verlangt die Revision der Tarifordnung, um sie mit diesem Vertrag in Übereinstimmung zu bringen und er sieht die Einführung der achtstündigen Lohnzahlung für den Anfang des Jahres 1906 vor. Unterzeichnet ist der Vertrag von zwei Vertretern der Fabrik Orion und zwei Vertretern der Verbandsektion Zürich.

Dieser Tarifvertrag ist ein Mißerfolg und gerade darum hat er den Sekretär des Fabrikantenvereins in starke Entrüstung versetzt. Er redet von „Ungeheimheiten“ und versteigt sich endlich zu folgenden pyramidalen Schlußsätzen: „In solchen Ergebnissen führen die systematisch, nicht ohne Mitverschulden mancher unserer Politiker, großgeheugene gesellschaftliche Mißachtung der bestehenden Ordnung und künstliche Verwirrung der einfachsten Rechtsbegriffe.“ In der Tat, aber diese Worte treffen nur auf den überfröhigen Sekretär selbst zu.

In den zahlreichen Einzelberichten wird von steigender Tendenz der Arbeitslöhne, von Lohnverhöhung, von den „hohen und höchsten Löhnen“, die in der schweizerischen Maschinenindustrie bezahlt werden und womit sie an der Spitze der ganzen Welt stehe, schwadroniert. Einer berichtet aber doch von Rückgang der Löhne um etwa 5 Prozent, aber sie seien immer noch so hoch wie die der ausländischen Konkurrenz. Natürlich, so muß geschwätzt werden, um die Arbeiter zu beruhigen. In einigen anderen Berichten wird das Gleichbleiben der Arbeitslöhne festgestellt.

Mehrjoch wird über Mangel an guten Arbeitern, über den Zug der Arbeiter vom Lande in die Stadt, über das Mißverhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitslohn geklagt, während die Arbeiter das umgekehrte mit Recht beaupten. Die Behörden werden wiederum wie noch jedes Jahr beschuldigt, nicht genug Urschunden bewilligt zu haben; sie könnten manche Unternehmer aber nur zufriedenstellen, wenn sie die ganzen Arbeiterkategorie außer Kraft setzen würden. Ein Bericht wünscht die endliche Schaffung der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung, durch die auch den Arbeitern verboten werden soll, mehr an Krankengeld zu beziehen als sie Arbeitslohn erhielten. Den Nutzen wird vorangewiesen, daß sie den Arbeitern zu sehr vorzuzuziehend mit der Ausschließung von Krankenschwestern sind.

„Genußmenschen“, die Kapitalisten, für die nichts anderes als ihr Geld auf der Welt existiert, um den allein sich diese drehen soll. Als Bürger der demokratischen Republik schmähen sie nur für die Freiheit, die ich meine,“ der Arbeiter soll Bürger zweiter Klasse sein. Da wird einem der Kriegsruf aufgezwungen: Nieder mit dem Kapitalismus!

Die Lohnbewegungen im Jahre 1904.

Unter diesem Titel erschien in Nr. 38 des Korrespondenzblattes der Generalkommission ein Artikel über die von den Gewerkschaften im Jahre 1904 ohne Streik oder Auslieferung erzielten Erfolge. Der Raummangel erlaubt uns leider nicht, den interessanten Auszug im Wortlaut zu bringen. Deswegen müssen wir uns darauf beschränken, nur das zu bringen, was für unsere Leser zu erfahren notwendig ist. Genosse Legent, der Verfasser dieser Zusammenfassung, weist im Anfang darauf hin, daß es nicht nur notwendig ist, über die Streiks und Auslieferungen Statistik zu führen, sondern daß dies auch bei den Lohnbewegungen geschehen muß, die ohne Kämpfe erledigt werden. Gerade diese Bewegungen seien am heissen, welche Macht die Gewerkschaften erlangt haben. Es hatten 10 Organisationen Lohnbewegungen in 1904 Orten mit 15143 Betrieben und 249382 Beschäftigten. Für drei Organisationen fehlt die Angabe der Zahl der Beschäftigten und für zwei Organisationen die Zahl der Betriebe. An den Bewegungen waren 184201 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. In 766 Orten von den 1904, in denen Bewegungen stattfanden, bestand eine Unternehmerorganisation, der die von der Bewegung in 616 Orten errichtet. In 575 Fällen kam es infolge der Bewegungen zum Abschluß eines Tarifvertrags. In Ausgaben erforderten die Bewegungen im ganzen nur 2.400 Fr. Diese geringe Ausgabe erklärt sich dadurch, daß nämlich die Ausgaben für Druckwesen u. s. w., die für die Bewegungen erforderlich waren, von den Organisationen als Verwaltungskosten oder auch als Ausgaben für Agitation gebucht wurden. Von den Bewegungen erzielten 1687 durch Vergleichsverhandlungen, die in 929 Fällen zwischen den Parteien direkt, in 173 Fällen mit der Unternehmerorganisation, in 21 Fällen vor dem Gewerbeamt, in 616 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und in 18 unter Teilnahme anderer Vereine oder Körperschaften stattfanden. In 107 Fällen wurde auf Antrag der Unternehmer und in 1370 Fällen auf Antrag der Arbeiter in Verhandlungen eingetreten.

Daß Lohnbewegungen im Beruf nicht stattgefunden haben, berichten die Verbände der Organisationen der Kapitaleure, Barbier, Bergarbeiter, Bismarckarbeiter, Buchdrucker, Glaser, Genußgesellschaften, Gewerbe, Handlungsgesellschaften, Lagerhalter, Maschinenbau, Metzger, Porzellanarbeiter, Seeleute, Wäschearbeiter, Werkarbeiter und Zigarrenarbeiter.

Von der Gesamtzahl der Lohnbewegungen wurden solche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgeführt in 40 Organisationen in 1076 Orten, in 14781 Betrieben mit 213709 Beschäftigten. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 198974 Arbeiter und Arbeiterinnen. In 671 Orten bestand eine Unternehmerorganisation und in 341 Orten gehörten dieser die betreffenden Unternehmer an. Zum Abschluß eines Tarifvertrags kam es bei diesen Bewegungen in 559 Fällen. In Ausgaben entfielen im ganzen 18211 Fr. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Bewegungen beigelegt in 1176 Fällen. Die Verhandlungen wurden geführt in 818 Fällen zwischen den Parteien direkt, in 166 Fällen zwischen den Organisationen, in 20 Fällen vor dem Gewerbeamt, in 825 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und in 16 Fällen infolge Vermittlung dritter Personen oder Körperschaften. Die Verhandlungen erfolgten auf Antrag der Unternehmer in 91 und auf Antrag der Arbeiter in 1173 Fällen.

Der Erfolg der Bewegungen war für 48534 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verlängerung der Arbeitszeit und für 123252 eine Lohnverhöhung. Für 1188 dieser Beteiligten fehlte die Angabe über die Summe der erzielten Arbeitszeitverlängerung und für 1872 die Summe der erzielten Lohnverhöhung. Es erreichten nachweisbar 47346 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Arbeitszeitverlängerung von im ganzen 192420 Stunden wöchentlich und 121300 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnverhöhung von zusammen 240118 Fr.

Aus der folgenden Zusammenstellung, worin gezeigt wird, in welchem Maße die Mitglieder der einzelnen Organisationen in den verschiedenen Fabrikgruppen an diesen Bewegungen und dem erzielten Erfolg beteiligt waren, heben wir die Gruppe Metallindustrie und Schiffbau hervor.

Organisation	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Beteiligten	Arbeitszeitverlängerung p. Woche	Lohnverhöhung in Fr.
Metallarbeiter	69	19549	8511	25 195	9005
Kapitalindustrie	2	17	3	—	—
Textilindustrie	4	130	75	225	130
Schmiede	19	714	330	2204	657
Zusammen	94	20390	8919	27922	9915

Den größten Anteil an den Lohnbewegungen hatte das Bauergewerbe mit Bewegungen in 499 Orten und 62030 Beteiligten, einer Arbeitszeitverlängerung von 57204 Stunden pro Woche für 15168 Beteiligte und einer Lohnverhöhung von 115756 Fr. pro Woche für 39163 Personen. Der Hauptanteil der Bewegungen mit 30777 Beteiligten, 26511 Stunden Arbeitszeitverlängerung für 6863 und 72211 Fr. Lohnverhöhung pro Woche für 30777 Personen entfällt in dieser Industriebranche auf den Verband der Maurer. Dann folgte die Gruppe Holzindustrie und in ihr an erster Stelle der Holzarbeiter-Verband. Einen verhältnismäßig großen Anteil an den Bewegungen hatte der Verband der Brauer und der Gemeindebetriebsarbeiter. Erfreut hat besonders Erfolge bezüglich der Verlängerung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Es erzielten 6039 Brauer eine solche von zusammen 25030 Stunden pro Woche und 13223 eine Lohnverhöhung von zusammen 39077 Fr. Ein großer Teil dieser Erfolge dürfte der tätigen Mitwirkung der Arbeiterorganisationen in den verschiedenen Orten zu danken sein, deren Einfluß auf die Brauereibetriebe sich jedenfalls geltend gemacht hat.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden im letzten Jahre von 93 Organisationen in 234 Orten in 802 Betrieben mit 57673 Beschäftigten geführt. An diesen Bewegungen waren 14232 Personen beteiligt. Unternehmerrorganisationen bestanden an 35 Orten und in 82 Fällen gehörten die betroffenen Unternehmer diesen Organisationen an. Zum Abschluß eines Tarifvertrags kam es bei diesen Bewegungen nur in 16 Fällen. Die Ausgaben für diese Bewegungen betragen 4151 Fr. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Tariffragen in 211 Fällen beigelegt, und zwar lauten Verhandlungen fast direkt zwischen den Parteien in 116, mit der Unternehmerorganisation in 7, vor dem Gewerbeamt in 4, durch Vermittlung der Organisationsinstanzen in 82 und durch Vermittlung anderer Personen und Körperschaften in 2 Fällen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet auf Antrag der Unternehmer in 13 und auf Antrag der Arbeiter in 197 Fällen. Diese Zahlen sind nicht vollständig, weil für den Verband der Maurer nur angegeben ist, daß in 80 Orten Bewegungen stattfanden, wovon 74 wegen Lohnzahlung und 6 wegen Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden mußten und daß die Bewegungen erfolgreich waren. Weiter Angaben fehlen.

Durch die Bewegungen wurde abgewehrt für 2593 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 9777 Stunden pro Woche und für 2573 Personen eine Lohnverhöhung von zusammen 10670 Fr. pro Woche. Diese in der Abwehr erzielten Erfolge sind mit denen durch die Vergleichsverhandlungen herbeigeführten zusammenzusetzen, wenn der Gesamterfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1904, soweit er die Dauer der Arbeitszeit und die Lohnhöhe betrifft, vollständig gewürdigt werden soll.

Im ganzen erreichten eine Arbeitszeitverlängerung oder wehrten eine Arbeitszeitverlängerung ab 49229 Arbeiter und Arbeiterinnen von zusammen 202167 Stunden pro Woche; Lohnverhöhung erreichten oder Lohnfragen wurden ab 121750 Arbeiter und Arbeiterinnen in 2340 Orten mit 1788 Fr. pro Woche an den Lohnbewegungen beteiligt, die eine Verlängerung der Arbeitszeit und für 1872, die eine Lohnverhöhung erzielten, schate die nähere Angabe des Erfolges.

Die Zahl der Bewegungen, die ohne Erfolg endeten, läßt sich nach der für diese erzielte Aufzählung erzielten Fragestellung weder für die Praxis noch für die Abwehrmaßnahmen angeben. Es läßt sich jedoch annehmen, daß alle zur Abwehr gerichteten Bewegungen mit einem Erfolg endeten, sofern nicht von den Betriebsleitern angegeben wurde, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Lohnfrage eingeleitet ist. Wie schon bemerkt, wird dieser Teil der Statistik wohl nicht vollständig sein, weil das Verständnis für die Wichtigkeit auch dieser Teile der Statistik noch nicht allseitig vorhanden sein dürfte.

Über Arbeitszeitverlängerungen wird von keiner Organisation berichtet. Ihre Lohnverlängerungen betrafen 7 Organisationen. Es hatten 477 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnverlängerung von zusammen 551 Fr. pro Woche.

Legent sagt am Schluß: „Bislang der Lohnverhältnissen und der Abwehr von Verschlechterungen dürfte es aber fraglich sein, ob sie wirklich zu einer Befreiung der Lohnbewegung der Arbeiterschaft geführt haben. Wir sind überzeugt, daß von dem Schermschirm dieser Zahlen aufgegeben werden, daß nicht von den Betriebsleitern angegeben wurde, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Lohnfrage eingeleitet ist. Wie schon bemerkt, wird dieser Teil der Statistik wohl nicht vollständig sein, weil das Verständnis für die Wichtigkeit auch dieser Teile der Statistik noch nicht allseitig vorhanden sein dürfte.“ Über Arbeitszeitverlängerungen wird von keiner Organisation berichtet. Ihre Lohnverlängerungen betrafen 7 Organisationen. Es hatten 477 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnverlängerung von zusammen 551 Fr. pro Woche. Legent sagt am Schluß: „Bislang der Lohnverhältnissen und der Abwehr von Verschlechterungen dürfte es aber fraglich sein, ob sie wirklich zu einer Befreiung der Lohnbewegung der Arbeiterschaft geführt haben. Wir sind überzeugt, daß von dem Schermschirm dieser Zahlen aufgegeben werden, daß nicht von den Betriebsleitern angegeben wurde, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Lohnfrage eingeleitet ist. Wie schon bemerkt, wird dieser Teil der Statistik wohl nicht vollständig sein, weil das Verständnis für die Wichtigkeit auch dieser Teile der Statistik noch nicht allseitig vorhanden sein dürfte.“

Legent hat sehr richtig geahnt. In Nr. 40 der Arbeiter-Zeitung lesen wir unter der Rubrik „Aus den Gewerkschaften“ folgendes:

Gewerkschaftserfolge. Das ewige Kammer der unentwägten Genossen von der fortwährenden Verkünder der Massenbewegung im Jahre 1904 wieder über den Haufen geworfen. In diesem Jahre haben die Arbeiter durch Streiks an Lohnverhältnissen und Verlängerung der Arbeitszeit wirklich recht erhebliches erreicht. Es folgen dann einige Angaben der Statistik. Auf eine Widerlegung dieses Werkes brauchen wir uns nicht einzulassen; sie ist schon in dem zitierten Schluß von Legent's Aufsatz erfolgt. Interessant ist nur, zu sehen, wie die Redaktion des ehrenwerten Unternehmens

papers in ihrem Eifer, die Arbeiterbewegung zu verunglimpfen, von den Streiks der Arbeiter schweifen, und ganz übersehen, daß die in Begleit Artikel zusammengestellten Gewerkschaftserfolge sämtlich ohne Streik erzielt sind.

Zwei Kongresse bürgerlicher Sozialpolitiker.

In Wien tagte im September der siebente Internationale Arbeiterversicherungs-Kongress. Da unsere Leser, soweit sie im Versicherungsweesen tätig sind, andere Gelegenheiten haben, sich über seinen Verlauf ausführlich zu informieren, können wir hier kurz darüber hinweggehen. Am meisten fiel das Lob aus, womit die verschiedenen Regierungen von ihren Vertretern überschüttet wurden. Nur auf diese hört, muß in der Tat glauben, es sei für die Arbeiter auf diese Weise gesorgt. So sprach Herr Dr. Böhner, der ehemalige Direktor des Reichsversicherungsamtes, gar von einem goldenen Mantel, der die Leiden des Arbeiters zudecke. Dasselbe Spiel trieb sogar der Vertreter der russischen Regierung, Graf Starzynski. Dieser Herr trug ernsthaft die tollsten Forderungen über die "väterliche Fürsorge" vor, womit Nikolaus II. seine geliebten proletarischen Untertanen überschüttet. Das war selbst den Kongreßteilnehmern zu bunt, obwohl sicher mancher von ihnen daran gewohnt war, mit freundschaftlicher Miene allerlei sozialpolitischen Blech anzuhören. So kam es, daß der Pole Maximilian Lugenburg, der Direktor der Reichshauer Unfallversicherungsgesellschaft, förmlichen Beschallung erntete, als er die Demoralisierung des Vertrauens der Arbeiterregierung auf ihren wahren Wert zurückführte. Die anwesenden Vertreter der Arbeiterklasse sahen sich wiederholt genötigt, in den Debatten das Wort zu nehmen. Dabei ereignete sich der Zwischenfall, daß der preussische Geheimrat Werner es sich mit echt preussischer Schneidigkeit erlaubte, dem österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterführer Dr. Veit auf gegenseitig schlanftrog die Geschäftsordnung zu übertreten. Dies veranlaßte die österreichischen Arbeitervertreter zu lebhaften Ernüchterungsübungen, so daß ihm kein anderer Ausweg blieb, als die Sitzung eine Stunde vor ihrem programmatischen Schluß aufzuheben.

Vom 26. bis zum 28. September tagte in Mannheim eine Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, das heißt einer Gruppe von Männern, die zum Teil erkannt haben, daß es nicht angebracht ist, den Kapitalismus nach den Grundzügen des Manchesterismus weiter zu lassen, sondern es für nötig halten, daß der Arbeiterklasse — um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen — eine Kompottschüssel gereicht werde, deren herrlicher Inhalt sie davon abhalten soll, sich nach den Fleischwunden der sozialdemokratischen Gesellschaft zu sehnen. Es hatte sich da eine recht ungleichartige Gesellschaft zusammengefunden. In erster Linie waren Mitglieder der Geheimraterei anwesend, ferner Vertreter des Unternehmertums — darunter auch der ehemalige preussische Regierungsrat Voelcker aus Düsseldorf, der den Staatsdienst quittierte, um aus dem indirekten Dienst des Unternehmertums in den direkten Dienst zu treten, indem er eine ohne Zweifel viel besser bezahlte Stelle beim Stahlwerkverband annahm. Weiter machten sich noch Beamte mit einigem sozialpolitischen Verständnis bemerkbar, wie der Unterstaatssekretär a. D. Kottenburg, ferner der Pfarrer Raumann, der eheliche, aber unpraktische Menschenfreund, der vor einigen Jahren noch glaubte, die sozialdemokratische Partei in ihrer Tätigkeit zum Wohl der Arbeiterklasse ablösen zu können. So ja, bald hätten wir es vergesen, es waren auch einige Vertreter von Arbeiterorganisationen da, der Hirsch-Dunckerianer Erkelenz, der katholisch-christliche Wiesberts und der evangelisch-christliche Fischer, also Vertreter von Organisationen, deren hauptsächlichste "Kampfmittel" in einer ausgiebigen Anwendung der Machtmittel besteht. Die Sozialdemokraten Kottenburg und Sachske hatten auch ihr Erscheinen zugesagt, waren aber nicht erschienen — unserer Meinung nach mit Recht. Georg Bernbach, der in Nr. 27 der Neuen Gesellschaft über die Generalversammlung berichtet, meint zwar, daß es besser gewesen wäre, wenn die beiden doch gekommen wären, denn "beide hätten eine glänzende Rede für ihre Ausführungen gefunden" und "es könne uns nicht gleichgültig sein, wie das gebildete Bürgertum und die bürgerliche Gelehrtenwelt über unsere Argumente unterrichtet werden". Beide Argumente vermehrs sind hübsch; das erste, weil die "glänzende Rede" so gut wie gar keinen praktischen Wert hat, und das zweite, weil die Herren sich über die Argumente der Sozialdemokratie auf sehr bequeme Weise unterrichten können, wenn sie freilich ihre Literatur studieren.

Von der Tagesordnung interessierte uns am meisten der zweite Punkt: "Das Arbeitsverhältnis in den privaten Niederbetrieben". Der Referent, Professor Brentano aus München, einer der Sozialpolitiker, die am weitesten links stehen, stellte die Ansicht der Schanzacher, daß der Unternehmer immer einen Unfänden Herr im Hause sein müsse, auf gleiche Höhe mit dem unzufriedenen Wohlstand. Der Arbeiter erscheine den Seiten der modernen Niederbetriebe nicht als Selbstzweck, wie es die Fiktion der Unternehmensehre verlangt, sondern nur als Mittel zum Zweck der individuellen Freiheit des einzelnen Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, gegen den kollektiven Arbeitsvertrag protestieren, so ist es nicht die Freiheit des Arbeiters, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit den widerständnisfähigen einzelnen Arbeitern deren Freiheit zu brechen. Im Namen der individuellen Freiheit des einzelnen Arbeiters werden immer die Unternehmern den Ruf nach Schutz der Arbeitswilligen, jener eigentümlichen Art von Arbeitern, die sich angeblich demnach schenken, zu schlechteren Arbeitsbedingungen zu erweisen, als sie die organisierten Arbeiter verlangen. Auch hier handelt es sich lediglich um den Schutz des Unternehmerrchtes, durch Streikbrecher keine eigenen Arbeiter zu zwingen. Auch die Sozialpolitiker einrichtungen, die von vielen Unternehmern geschaffen sind, dienen nicht dem sozialen Frieden, sondern sie gelten als Kampfmittel gegen die Bemühungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern. Ja, man geht noch weiter, man beschimpft selbst die notwendigsten und wertvollsten Bemühungen der Arbeiter und behauptet diesen Einfluß sogar auf die Konfession und die Einträge der betrübenden Gegenstände durch Propagandakampagnen aus. In diesem Gegensatz stehen die gesellschaftlichen Bestimmungen des Sozialpolitikers, der Wille des Betriebsleiters gut als oberstes Gesetz. Herr Suet habe zwar gesagt, man habe nichts gegen Arbeiterorganisationen, man werde nur nicht mit diesen umschandeln. Allein die Metallarbeiterorganisationen in Bayern erweisen, daß die Arbeiter einer Organisation beitreten wollten. Das öffentliche Interesse fordert dringend, daß in dieser Beziehung Wandel geschähe. Wenn der soziale Frieden nicht mehr als ein Wort werden soll, ebenso wie die Großunternehmer nicht mehr mit den einzelnen Arbeitern unterhandeln, sondern alle Preisfestsetzungen, Produktionshöfe u. s. w. von den Syndikaten getrieben werden, so ist es im höchsten Interesse der Arbeiter, daß die Bestrebungen der Arbeitgeber und Arbeitervertreter über Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitervertretern von diesen Organisationen getrennt werden müssen. In weiteren ist der § 153 der Gewerbeordnung zu ändern, so daß Handlungen gegen sogenannte Arbeitswillige nur nach dem gemeinen Recht bestraft werden dürfen. Endlich müssen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, wodurch Wohlfahtsvereinigungen nicht als Mittel benutzt werden dürfen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern und sie zu Hinzuge zu machen. Die Erfüllung dieser Forderungen hängt glanzvollig im Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter, aber auch im Interesse der Allgemeinheit.

Brentanos Ausführungen gipfelten in folgenden Forderungen: 1. Aufhebung der Koalitionsverbotung des § 153 der Gewerbeordnung durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs über konzipierten Zwang und Drohung. 2. Gesetzliche Schutz des Koalitionsrechts, nicht nur des Einzel-Koalitionsrechts. 3. Der Ersatz von Injuriösen, unangenehmen Vorschriften, durch die der Mißbrauch der Wohlfahtsvereinigungen als Rachmittel ausgeschlossen an

wird. 4. Die Statuierung eines Zwanges für Arbeitgeber und Arbeiter, mit Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. 5. Zur Durchführung des Verhandlungsganges die Bestimmung, daß Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsstreitigkeiten in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und die feinerlei Verbindung angeht, die das Verhandeln mit Arbeitgebervertretern verweigert. 6. Zu dem gleichen Zwecke muß für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestandes der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt. 7. Die frei gewählten Vertreter beider Parteien, wozu auch Personen, die weder als Arbeitgeber noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorbehalt eines Unparteilichens alle Streitfragen über abzuschließende Arbeitsverträge zu regeln. Als Unparteilicher hat, wo eine Wahl des letzteren durch die Parteien selbst nicht zustande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichtes des Bezirkes zu fungieren. 8. Was im kollektiven Arbeitsvertrag vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe Beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrags.

Im großen und ganzen muß man schon zugeben, daß durch die Erfüllung dieser Forderung der Arbeiterklasse ein großer Dienst geleistet würde. Bedenklich ist aber der Leitsatz 6, weil unserer Meinung nach ein Organisationszwang dem Gewerkschaftswesen nimmermehr förderlich sein kann.

Als erster Diskussionsredner trat Regierungsrat a. D. Dr. Leidig, nunmehr Angehörter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, auf. Er bezeichnete die Ausführungen als Abwehrmaßregeln der Industriellen gegen die neuere Taktik der Gewerkschaften, die sie durch Einzelstreiks würde machen wollen. Die Gewerkschaften stehen im engen Zusammenhang mit politischen Parteien, namentlich der auf Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung abzielenden Sozialdemokratie, wie namentlich der Parteitag in Jena wieder bewiesen hat. In den Arbeitsverträgen ist mir niemals die Behauptung begegnet, daß das Koalitionsrecht beschränkt werden sollte. (Lachen.) Im Betrieb muß die autoritäre Stellung des Unternehmers geschützt werden.

Auf einen solchen Grundton waren die ganzen Ausführungen dieses Herrn gestimmt. Der Unterstaatssekretär a. D. Kottenburg polemisierte dagegen sehr scharf unter dem Beifall der Anwesenden. Der Bergarbeiter Engel hielt es für notwendig, die lieben Streikbrecher in Schutz zu nehmen und Dr. Fünzig aus Essen, ebenfalls ein Scharfmacherformid, suchte statisch nachzuweisen, daß seit Bestehen des Kohlenyndikats die Löhne stärker gestiegen seien als die Dividenden. Sehr interessant, wenn auch nicht in allen Punkten richtig, waren die Ausführungen des Pfarrers Raumann. Es ist uns leider nicht möglich, hierüber eingehend zu berichten, weil wir dann auch notwendigerweise selber noch eine Reihe von Bemerkungen daran knüpfen müßten, wozu uns leider der Raum fehlt. Dieses können wir uns bei Dr. Lülle ersparen, denn bei diesem Herrn weiß gleich jeder, wie er ihn einzuschätzen hat. Er meinte unter anderem: "Die modernen Niederbetriebe haben am allermeisten geeignet für die Beschäftigung von Arbeitswilligen. Nirgends sind die Arbeitslöhne so hoch wie in ihnen. Gelernte Arbeiter und Handwerker sind zwei streng getrennte Klassen. Die gemeinsamen Arbeitsbedingungen eines Niederbetriebs leisten mehr als Tarifverträge. Schiedssprüche sind nur bei Auslegung von Verträgen möglich. Niemand wird Mietsverträge unter dem Zwange eines Schiedsgerichtes schließen. (Lachen.) Würde vielleicht eine der anwesenden Damen damit einverstanden sein, daß sie durch Schiedsgericht gezwungen würde, ein Dienstmädchen zu engagieren? (Widerspruch und Heiterkeit.) Man schmäht arbeitswillige Arbeiter und dreißt die "Lumpen", die nicht ins Kartell gehen. (Widerspruch.) Die Kathedersozialisten treiben zum Sozialismus! Ich vermisse Gründe für Einführung des konstitutionellen Fabrikbetriebs. So lange 185000 Bergarbeiter konfliktträchtig werden, so lange fehlt diesen Kreisen die sittliche Reife. (Lachen.) (Widerspruch.) Von einer Gleichstellung von Arbeitern und Unternehmern kann überhaupt keine Rede sein." (Vereinzelter Beifall, vielfaches Zischen.)

Scharfen Widerspruch gegen diese "übermenschliche Logik" erhob der Professor Max Weber aus Heidelberg. Er bemerkte u. a.: "Mich interessiert an der Großbetriebe vor allem die Frage: Was wird charakteristisch aus den Menschen, die in diese Bedingungen hineingestellt sind, mit denen wir uns heute beschäftigen haben? In den Blättern des Sozialwissens erscheinen zur Zeit der Reichstagswahlen Kanoniker, worin Arbeiter versichern, daß sie nicht für eine bestimmte Partei gestimmt haben. Kanoniker! sage ich. Aber wer erzieht diese Kanoniker? Das System, das Lülle vertritt. Ich kenne die Städtler, die im Sozialismus herrscht, als eigener Erziehung. Alles stützt vor der Großindustrie." Der Redner erörterte dann den gegenwärtigen Mißstand, wonach der Arbeiter bestraft wird, wenn er einen arbeitswilligen sagt: "Keine Münna laest nicht mehr mit Dir!" Das sei glatt und einfach eine Schande! Das Recht auf Freigebild werde geschützt.

Beim Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende, Professor von Philippovich aus Wien, eine Bemerkung, die so interessant ist, daß wir sie nicht übergehen dürfen. Er sagte: "Es geht früher zwei Wege für die Unternehmern, sich zu ruinieren: nicht zu verstehen, wie man produziert, und nicht zu verstehen, wie man Produkte absetzt. Es gibt heute noch einen dritten: nicht zu verstehen, wie man mit Menschen umgeht." Wenn diese Bemerkung als richtig gelten soll, so muß man sie freilich hart cum grano salis auffassen. Uns interessiert am meisten die darin enthaltene scharfe Spitze gegen das Unternehmertum.

Beim dritten Punkte der Tagesordnung: Das Verhältnis der Kartelle zum Staat, erörterte Professor Schmoller. Nach seiner Ansicht drohen die Kartelle in ihrer jetzigen Gestaltung zu einer großen wirtschaftlichen Gefahr zu werden, der dadurch vorgebeugt werden müsse, daß der Staat Einfluss in dem Kartellwesen erlange. Von dem Übermaß müßten zehn Prozent an den Staat gezahlt werden. Weiter als die Antezedierung des Kartellproblems selber muß uns verlässig noch die Erörterung über die Stellung der Arbeiter unter der Herrschaft der Kartelle erweisen. Da hat der Sozialwissenschaftler Herr Emil Kirdorf aus Gelsenkirchen, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft und Vorsitzender des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, Arbeitern getan, die es wert sind, daß die Arbeiter sich für ein wenig hinter die Ohren schreien. Es kommt nicht oft vor, daß ein Kartellvertreter so offen und brutal den Herrenstandpunkt herausspricht. Er sagte u. a.: "Es ist Stellung wechseln können. Ein Betrieb kann nur gedeihen durch einen stabilen Arbeiterkamm. Ich will nicht, daß die Gesetzgebung uns hierbei zu Hilfe kommt. Wir müssen uns aber das Recht vorbehalten, gegen das häufige Wechsels der Arbeitswilligen Maßnahmen zu treffen. Ich meine, daß es für meine Person abzuheben, mit irgend einer Arbeiterorganisation zu verhandeln. (Lachen.) Sehr bemerkenswert: Die Arbeiterorganisationen sind sämtlich Kampfvorgangsorgan, die in der Hauptache politische Zwecke verfolgen. (Widerspruch.) Ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch demagogischer als die sozialdemokratischen. Während die sozialdemokratischen Organisationen wenigstens offen sagen, wozu der Zweck geht, daß sie den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung bezwecken, täuschen die christlichen Gewerkschaften unter falscher Färbung. Sie kämpfen unter dem Deckmantel des Christentums. Sie wissen sehr genau, daß der von den Sozialdemokraten behauptete Umsturz auf der Dauer nicht haltbar ist, und daß sie alsdann die Großindustrie unter der Herrschaft der Sozialisten bringen können. (Lachen.) (Widerspruch.) Die Arbeiterorganisationen werden am Herabdrückung der Löhne, sie werden es dem einzelnen Arbeiter unmöglich, sich heranzuarbeiten. (Widerspruch.) Ich selbst habe eine verurteilte Überzeugung gehabt. Aber als mein Bruder und ich ins Leben traten, fanden wir infolge des finanziellen Zusammenbruchs unseres Familienvermögens in den einfachsten Verhältnissen. Wäre ich damals an eine ordentliche Arbeitszeit gebunden gewesen, ich wäre heute!

noch ein niedriger Arbeiter und nicht der Generaldirektor und Geheimne Kommerzienrat." (Wunderbare Logik! Was Herr Kirdorf hätte es nicht so weit bringen können, wenn er in seinen jüngeren Jahren zwei Stunden oder gar noch längere Zeit zu seiner Ausbildung täglich mehr zur Verfügung gehabt hätte.)

Am die Referate schloß sich eine lange Debatte, die noch am 28. September fortgesetzt wurde. Dabei fiel manche scharfe Bemerkung für das Unternehmertum und seine Sachwalter ab. In seinem Schlusswort beschuldigte Professor Schmoller den abwesenden Pfarrer Raumann, er habe ihn in der Debatte angegriffen. Ferner bezeichnete er Raumann als Demagogen, der "die alten marxistischen Theorien" vorbrachte. Dies rief bei verschiedenen Kongreßteilnehmern starken Widerspruch und einige Entgegnungen hervor, die es jedoch nicht verhindern konnten, daß der Kongreß mit einem bösen Mißklang endigte.

Die Kathedersozialisten wirken nun schon seit mehr als 30 Jahren für ihre Ideen. Selbst ihr wärmster Freund kann nicht behaupten, daß sie den Ausbeutungsgelüsten des Kapitalismus ernsthaft gefährlich geworden sind. Nichtsdestoweniger steht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, bekanntlich ein Sprachrohr der Regierung, sich veranlaßt, in folgenden Untertun auszusprechen: "Jedenfalls ist Brentanos Referat, daß bei einem großen Teile der Versammlung Zustimmung fand, ein Beweis, wie sehr manche Männer der Wissenschaft auch heute noch, trotz des Anwachsens der sozialdemokratischen Gefahr, in sozialideologischen Utopien befangen sind. Auf den von Brentano angelegenen Ton gingen zum Beispiel Professor Dr. Bernbach aus Posen und Professor Dr. Max Weber aus Heidelberg verständnisvoll ein, welche letztere seine Vorleser für Arbeiterorganisationen in dem monumentalen Satz ausprägte: "Wäre die Sozialdemokratie nicht vorhanden, so müßte sie zum Schutze der Gewerkschaften erfunden werden." In dieser und ähnlichen Nebenwendungen trat auf dem Mannheim Kongreß eine kraße Bekräftigung des nicht ganz nebensächlichen Umstandes zutage, daß die "neutralen" Gewerkschaften, wie der Genetier Kongreß bewies, im revolutionären Endziel mit der Sozialdemokratie durchaus übereinstimmen."

Wie die Hirsch-Duncker'schen Unterstützungs-einrichtungen funktionieren.

In den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften gibt es trotz der famosen Ausschlußklausel noch eine ganze Anzahl Arbeiter, die sich ihrer politischen Gesinnung nach zur Sozialdemokratie zählen. Diese Arbeiter haben sich seinerzeit durch die schönen Redensarten über die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften blenden lassen. Nachdem sie jahrelang Beiträge bezahlte, wollten sie des erworbenen Anrechtes auf die — wenn auch bescheidenen — Unterstützungen nicht verlustig gehen. Sind aber nun diese Unterstützungseinrichtungen wirklich so wertvoll, daß sich deshalb ein gewisser Prozentsatz der Arbeiter abhalten läßt, den auf die Lehre vom Klassenkampf aufgebauten Organisationen, den freien Zentralverbänden, beizutreten? Für eine zutreffende Beantwortung dieser Frage dürfte vielleicht nachstehende Beschreibung wertvoll sein, die einem alten Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftler, der seit sechzehn Jahren dem Gewerkschaft der Duisburger Maschinenbau- und Metallarbeiter angehört, zuteil wurde. Der jetzt 40 Jahre alte Hüttenarbeiter R. trat als junger Mann von 25 Jahren in Duisburg dem benannten Gewerkschaft (Hirsch-Duncker'scher Richtung) bei. Der Mann ist seinen Verpflichtungen gegen den Gewerkschaft verein regelmäßig nachgekommen. Infolge miltärischer wirtschaftlicher Umstände wurde er daran erinnert, daß er neben seinen Pflichten auch gewisse Rechte innerhalb der Organisation zu beanspruchen habe. R. betrieb in Duisburg ein kleines Geschäft, das er wegen Substantation des Hauses, in dem er wohnte, aufgeben mußte. Da der Mann nun aber wieder eine Existenz haben mußte, so pachtete er in Bingen a. Rh. eine Wirtschaft. Pflichtgemäß meldete sich R. bei der Duisburger Ortsverwaltung seiner Organisation an und in Mainz, der für Bingen zuständigen Zahlstelle, wieder an. Die Beiträge waren bis zur Stunde der Abreise entrichtet. Nun kam der Mann aber auch gleichzeitig auf den unglückseligen Gedanken, daß er auf Grund der statistischen Bestimmungen ein Unzugsgeld zu beanspruchen habe. Die vom Ortsverein Mainz eingeforderte Bescheinigung der Ortsbehörde zu Bingen, daß er in Bingen mit Familie Wohnung genommen, sandte R. an die Ortsverwaltung in Mainz-Biebich ein, auch das angewiesene Überlieferungsförmular wurde vorschriftsmäßig ausgefüllt und von R. persönlich zu dem in Biebich wohnenden Vorstandsmittglied gebracht. Doch der Förm, die Erlangung des Unzugsgeldes, wurde trotz all der Formalitäten nicht erreicht, das Geld blieb vor einer Woche zu andern aus, und R. wurde von einem Monat zum andern vertäubt. Nun hatte der Mann aber auch das Pech, daß er sich mit der Übernahme der Wirtschaft verwickelt hatte, so daß er nach zirka viermonatigen Wänschen sein Bündel schnüren mußte. Wohin nun? R. hielt es schließlich für das Beste, wieder nach Duisburg zurückzukehren. Da er aber sein Unzugsgeld immer noch nicht erhalten hatte, so gab er bei seiner Abmeldung der Ortsverwaltung in Mainz-Biebich den Bescheid, daß man ihm sein Mitgliedsbuch nach Abstemmung und Abzug der fälligen Beiträge vom dem Unzugsgeld nachsenden möge. In Duisburg angekommen, beschwerte er sich bei der Ortsverwaltung darüber, daß die Ortsverwaltung Mainz immer noch nicht die Unzugsgeldunterstützung geregelt habe. Man erkannte die Berechtigung der Beschwerde an und gab dem R. den Rat, sich beschwerdeführend an den "Generalkrat" in Berlin zu wenden. R. kam dem nach. Als Antwort erhielt nicht R., sondern der Duisburger Ortsverein folgenden Bescheid des Generalkrats:

Berlin, den 28. Mai 1905.
Herrn G. R., Duisburg I.
Berliner Kollege! Der Antrag des Mitglieds R. Nr. ... auf Überförmelungsunterstützung ist seitens des Generalkrats in der gefirgten Sitzung angelehnt worden. Der Grundgedanke der Überförmelungsunterstützung beruht nicht darauf, daß einer von einem Orte zum andern zieht, sich einige Wochen da aufhält und dann wieder zurückfährt, sondern er liegt in den Grundgedanken, daß diese Unterstützung zur Überförmelung seiner Familie und seines Haushaltes benutzt werden kann. Den Beweis, daß die Familie und der Haushalt überförmel ist, hat uns das Mitglied nicht gebracht, und darum ist auch der Antrag abgelehnt worden.

Besten Gruß
J. Schumacher.
Dieses Schriftstück war der Duisburger Ortsverwaltung doch zu stark. Der Bescheid wurde einer Mitgliederversammlung unterbreitet und diese nahm dann einstimmig eine Protestresolution gegen den Bescheid des "großen Generalkrats" an. Der Sekretär mußte diese Resolution nach Berlin berichten. Nun ganz sicher zu gehen, bezog R. dann noch die Bescheinigung der Ortsbehörde von Bingen darüber, daß er vom November 1904 bis Februar 1905 in Bingen anständig gewohnt sei. Doch auch das zog noch nicht, denn nun verlangte der "Herr Generalkrat", daß auch noch die Frachtliche Beibringung seien als Beweis dafür, daß auch wirklich der "Haushalt mit umgezogen" sei. Auch das wurde nicht gemacht. Das heißt, R. hatte wohl den Frachtbrief, daß er mit seinem Haushalt wieder von Bingen nach Duisburg verziehen war, den ersten Frachtbrief von Duisburg nach Bingen konnte er jedoch nicht mehr beibringen, weil er in einem Prozentsatz mit dem Spediteur als Beweismittel gebietet hatte. Das alles wurde dem Generalkrat mitgeteilt mit dem Vermerken, daß auf Verlangen eine Bescheinigung darüber beigebracht werden könne, daß der erste Frachtbrief bei dem Prozentsatz liege.

Wenn R. nun glaubte, daß endlich alle Formalitäten zur Erlangung der Unzugsgeldunterstützung erledigt seien, so hatte er sich abermals geirrt, denn nun wollte man gerade den Frachtbrief haben, der nicht mehr im Besitz des R. war! Als diesem nun schließlich der Geduldsfaden riss und er mit gerichtlicher Klage drohte, da setzte die Krone auf, indem er folgenden famomonischen Bescheid an die Ortsverwaltung in Duisburg sandte:

von Gold- und Silberarbeitern nach Gmünd (G. Orbzinger);
 von Klempnern nach Duisburg (Fa. Schmidt) D.; nach Erfurt
 (R. J. Groß) D.; nach Hannover D.; nach Neu-Kruppin R.;
 von Klempnern und Tischlern nach Nachen St.; nach Bonn
 a. Rh. St.; nach Bromberg St.; nach Kiel, Köln St.; nach
 München D.; nach Solingen D.;
 von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel (Schweiz,
 besonders Maschinenfabrik Merz) St.; nach Berlin N.;
 nach Brugg (Aarau, Schweiz, Maschinenfabrik Müller
 & Co.), nach Darmstadt (Herbstler Nider) N.; nach
 Erfurt (Lokomotivfabrik Hagans) St.; nach Frauenfeld
 (Schweiz, Maschinenfabrik A.-G. vormals Martini & Co.); nach
 Gießen (Fr. Schaffstädt) St.; nach Grlitz (Wagenbau- und
 Wenzl & Fabich) N.;
 nach Dülheim a. Rh.,
 besonders Drahtziehern St.; nach Potsdam (Telegraphenbau-
 anstalt von Strecker) D.; nach Radeberg (Maschinenfabrik
 Richter & Weise) D.; nach Reichenbach i. B. (Verzierungsmaschinen-
 fabrik J. C. Braun) N.; nach Morsbach (Gieß. Hirschbach) St.;
 nach Saalfeld (Mähmaschinenfabrik Richard Knodt) D.; nach
 Solingen; nach St. Laiffe (Schweiz, Automobilfabrik A.-G.
 vormals Martini & Co.); nach Velbert N.; nach Wetter a. d. Rh.
 (Gießerei Schulte) N.; nach Weimar (A.-G. für Eisenbahn-
 und Militärbedarf) D.; nach Wismar (Maschinenfabrik Kauf
 & Sohn) N.;
 von Metallformern und Gelbgießern nach Meuselwitz (Arma-
 turenfabrik Th. Heymer & Klasse) D.;
 von Schlägerarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
 von Schlossern nach Esterwerda (Fahrerwerke) N.; nach Feuer-
 bach (Gebr. Abt) N.; nach St. Gallen; nach Stuttgart
 (Kunze & Baumbach) von Stäbel) D.; nach Schaff-
 hausen, Schweiz (Firma Huber); nach Spremberg (Reparatur-
 schlosser) St.; nach Zürich (Firma Kassen-Bauer, Kassen-
 Schwyzer, Schöppi-Schwyzler und Kunter & Cie., Ofenfabrik).
 von Schlossbauern nach Grotzsch b. Weizsig St.
 (Die mit N. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die über-
 haupt zu nichten sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; v. Voh-
 bewegung; N.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Mindergehalt;
 W.: Wühlende; R.: Rohr- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung
 einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-
 stalten in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich
 stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Ver-
 waltungsrat des betreffenden Ortes über die rechtlichen
 Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-
 steht, wolle man sich an den Verkauft wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

Erklärung.

Einem unter den Kollegen in Furtwangen verbreiteten Gerücht
 gegenüber erkläre ich, daß ich Kollege Herrm. Heizmann in keiner
 Weise irgend welche Unregelmäßigkeiten bei zuwider kommen lassen.
 Eine von mir und vier Kollegen vorgenommene Untersuchung ergab
 die vollkommenste Grundlosigkeit der gegen Heizmann er-
 hobenen Anschuldigungen.
 Stuttgart, 2. Oktober 1905. Karl Vorhöfzer, Bezirksleiter.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Hamburg. Die Lohnbewegung der Elektromonteur und
 Hilfsmonteur ist beendet. Nachdem der in der Versammlung
 der Elektromonteur und Hilfsmonteur angenommene Lohnantrag den
 Herren Unternehmern durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband
 eingereicht worden war, sahen sich nur sehr wenige der Herren ver-
 anlaßt, ihre Zustimmung zu geben. Einige erklärten sich zum Teil
 damit einverstanden, andere verhielten sich gänzlich ablehnend. Das
 Gros der Unternehmer aber hielt es überhaupt nicht für nötig, zu
 antworten, vor allen Dingen wollten sie mit dem Deutschen Metall-
 arbeiter-Verband nichts zu tun haben. Als nun eine am 28. August
 abgehaltene Versammlung den Situationsbericht entgegengenommen
 hatte, wurde nach eingehender Diskussion, in der das Verhalten der
 Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen wurde, folgende Reso-
 lution mit 25 gegen 3 Stimmen angenommen: „Die Versammlung
 nimmt Kenntnis von dem Bericht, nach dem sich einige Arbeitgeber
 mit dem von uns eingereichten Tarif einverstanden erklärt haben, der
 größte Teil jedoch keine Antwort gegeben hat. Die Versammlung
 beschließt deshalb, daß die Kollegen in allen Geschäften, von denen
 keine Annäherung des Tarifs erfolgt, bis zum Mittwoch, 30. August,
 abends, vor allen Dingen wollen sie mit dem Deutschen Metall-
 arbeiter-Verband nichts zu tun haben. Die Versammlung
 beschließt deshalb, daß die Kollegen in allen Geschäften, von denen
 keine Annäherung des Tarifs erfolgt, bis zum Mittwoch, 30. August,
 abends, vor allen Dingen wollen sie mit dem Deutschen Metall-
 arbeiter-Verband nichts zu tun haben. Die Versammlung
 beschließt deshalb, daß die Kollegen in allen Geschäften, von denen
 keine Annäherung des Tarifs erfolgt, bis zum Mittwoch, 30. August,
 abends, vor allen Dingen wollen sie mit dem Deutschen Metall-
 arbeiter-Verband nichts zu tun haben.“

Verkürzung der Arbeitszeit ein Ausfall an dem bisher bezogenen
 Gehaltslohn nicht stattfinden. In allen Betrieben, wo diese Be-
 dingungen nicht erfüllt sind, darf auch die Aufnahme der Arbeit
 nicht erfolgen. In den Betrieben, wo die Arbeitsentlohnung insolge
 der gegenseitigen Verhandlungen noch nicht erfolgt ist, wird die Arbeit
 morgen abends, Sonnabend, 2. September, eingestellt, nachdem dem
 Arbeitgeber vorher durch die bestehenden Kommissionen Kenntnis
 von dem heutigen Beschluß gegeben und wenn keine zustimmende
 Antwort erfolgt ist.“ Nach diese Resolution wurde anfangs scharf
 bekämpft, jedoch gelangte sie auf Grund der mehrfachen Entschuldig-
 durch die Zeitung zur Annahme. In der nun am Mittwoch den
 18. September abgehaltenen Versammlung wurde nach einem ein-
 gehenden Bericht des Kollegen Thormann beschloffen, die Lohn-
 bewegung als beendet zu erklären. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen
 für Elektromonteur und Hilfsmonteur von Hamburg und Umgebung
 sind nun folgende: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, auf
 Montage sowohl als in der Werkstatt. Sie beginnt morgens 7 Uhr
 und endet abends 6 Uhr, mit einer Frühstückspause von 8 1/2 bis
 9 Uhr, einer Mittagspause von 12 bis 1 Uhr und einer Vesperpause
 von 3 1/2 bis 4 Uhr. 2. Der Mindestlohn beträgt für Monteur 50 Pf.
 die Stunde, für Hilfsmonteur 40 Pf. Für die durch Alter, Unfall
 oder Invalidität milder leitungsfähigen Monteur, für solche unter
 20 Jahren und für alle nicht gekündeten Arbeiter unterliegt die Fest-
 setzung des Lohnes der freien Vereinbarung. 3. Für Überstunden
 werden 25 Prozent, für Nachtstunden 50 Prozent Zuschlag bezahlt.
 Als Überstunden gelten die Stunden von 6 bis 10 Uhr abends, als
 Nachtstunden die folgenden bis 7 Uhr morgens. Für Sonn- und
 Festtagsarbeit von 6 bis 12 Uhr morgens werden 25 Prozent, nach-
 mittags 50 Prozent Zuschlag bezahlt. 4. Fällt Über- und Nachtarbeit
 zusammen, so findet von 8 bis 8 1/2 Uhr eine Abendpause und von
 12 bis 1 Uhr eine Nachtpause statt. 5. Überstunden sowie Nacht- und
 Sonntagarbeit dürfen nur nach vorheriger Rücksprache mit dem
 Arbeitgeber oder dessen Vertreter gemacht werden, andernfalls ist
 derselbe nicht verpflichtet, dieselben zu bezahlen. 6. Für die Monteur
 und Hilfsmonteur, die den in diesen Bestimmungen vorgeschriebenen
 Lohn oder darüber schon erhalten, findet eine Erhöhung des Stunden-
 lohnes in der Weise statt, daß ein Ausfall an dem bisher bezogenen
 Gehaltslohn durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintritt. 7. Für
 Arbeiter außerhalb der Werkstätte werden zwei Kreise wegen Ver-
 gütung der Fahrt über beziehungsweise Wegesende festgesetzt: a) Inner-
 halb des ersten Kreises, der 3 Kilometer Radius hat, tritt eine Ver-
 gütung für die zur Arbeitsstätte zurückgehenden Wege nicht ein.
 Für Arbeitsentlohn zwischen dem ersten und zweiten Kreise, welcher
 7 1/2 Kilometer Radius hat, wird das entsprechende Fahrgehalt und die
 Zeit vom Mittelpunkt des Kreises aus vergütet. Der Monteur hat
 unter diesen Umständen bei Beginn der Arbeitszeit auf dem Arbeits-
 platz zu sein. Pausen in der Arbeitszeit werden nicht bezahlt. b) Über
 den zweiten Kreis hinaus gilt folgende Bestimmung: Wird der Weg
 zur Arbeitsstätte, die außerhalb des zweiten Kreises liegt, während
 der Arbeitsstunden zurückgelegt, so findet keine Entvergütung statt;
 ist der Monteur jedoch vom Beginn der Arbeitszeit bis zu ihrem
 Ende an der Arbeitsstätte tätig, so findet eine Entvergütung von
 1 Mk. pro Tag statt und außerdem eine Vergütung des Fahrgebüdes.
 Zu Fällen, wo übernachtet wird, tritt statt dessen eine Auslösung
 von 250 Mk. für unverheiratete und 3 Mk. für verheiratete Leute
 ein, sowie einmalige Vergütung des Fahrgebüdes. — Im Schlusswort
 betonte Kollege Thormann noch: Wenn auch unsere gestellten For-
 derungen nicht voll und ganz bewilligt worden seien, so wäre doch ein
 nicht zu unterschätzender Erfolg erreicht. An den Kollegen liege es
 jetzt, das Erreagene hochzuhalten. Die Kollegen müssen gegenseitig
 eine Kontrolle ausüben, damit keiner unter den erreichten Bedingungen
 arbeite. Mit einem kräftigen Appell, für die Weiterentwicklung unseres
 Verbandes Sorge zu tragen und aus den gemachten Erfahrungen bei
 dieser Lohnbewegung die richtige Lehre zu ziehen, wurde die Ver-
 sammlung geschlossen. — Die Allgemeine Elektrizitätsgesell-
 schaft verurteilt ihre Abmachungen zu durchbrechen, indem sie ihre
 ganzen Monteur zu Hilfsmonteur degradieren. Durch die Ein-
 mütigkeit der Kollegen gelang es, den Tarif sowohl als die Wieder-
 einsetzung sämtlicher Kollegen als Monteur im Zeitraum eines Tages
 durchzusetzen. Die Kollegen, die bis auf vier auswärts auf Montage
 waren, waren sämtlich zurückgekehrt, ihnen wurden auch die Reise-
 kosten zurückgezahlt. Die Firma Siemens-Schudert verurteilt, den
 Kollegen, die zu Hilfsmonteur degradiert wurden und ihren Lohn
 verlieren, keine Zeugnisse als Monteur auszustellen. Die betreffenden
 Kollegen lagten hierauf und die Firma wurde verurteilt, Zeugnisse
 für Monteur auszustellen.

Hannover. Eine neue Metallarbeitersausperrung ist
 hier am 4. Oktober vorgenommen worden. In der hannoverschen
 Maschinenfabrik Aktiengesellschaft vormals Eggendorff
 hatten 50 früher Lohnarbeiter gearbeitet. Als ihre Vertrauens-
 männer unerwartet entlassen wurden, legten sie die Arbeit nieder.
 Am 3. Oktober fanden Einigungsverhandlungen statt, die ergebnislos
 verliefen. Daraufhin wurden im Lauf der Woche sämtliche 1800 Ar-
 beiter ausgeperrt.

Kreuznach. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen
 Metallarbeiter lassen sehr viel zu wünschen übrig. Trotzdem gibt
 es hier nur wenige organisierte Kollegen, die schlechtesten Boden
 weisen nur einige oder gar keine Mitglieder des Deutschen Metall-
 arbeiter-Verbandes auf. In der mechanischen Werkstätte für Reiter-
 apparate von Clemens, der ein gelernter Sattler ist, hat die Frau
 das führende Wort. Der Tagelohn beträgt 250 Mk., höchstens
 3 Mk. bei 11stündiger Arbeitszeit. Man kann sich leicht denken,
 was für Sprünge mit diesem Lohne hier in dem teuren Badort zu
 machen sind. Seheleiche Bestimmungen sind für Clemens' Lust, denn
 seine Lehrlinge — also minderjährige Arbeiter — müssen täglich
 12 und 14 Stunden schuften. Um kein Haar besser ist es in der
 Fabrik für Metallwaren- und Badeartikel von Gebrüder Hoff-
 mann. Dort sind einer in der Hude schon aufgewachsen und groß
 geworden sein, wenn er es auf 28, höchstens 32 Pf. die Stunde
 bringen will. Geiselle werden mit „Du“ angeredet, Leute die schon
 15 Jahre im Betrieb tätig sind erhalten die Titulatur alter Soldat.
 Halbtagsarbeit ist gebräuchlich. Das sind Zustände, auf deren Beseitigung
 die Metallarbeiter in Kreuznach mehr als bisher dringen sollten.
 Darum Kollegen, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Wiesbaden im Bodensee. In der Metallwarenfabrik von Nischach,
 wo es darauf abgesehen war, unsere Organisation zu vernichten, ist
 es gelungen, durch gütliches Überreden die Differenzen zu be-
 seitigen und die Anerkennung der Organisations zu erlangen. Der
 so sein gesammelter Plan der hiesigen Dunderfischen, sämtliche Mit-
 glieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus der Fabrik zu
 verdrängen, ist so Wasser geworden. Hier wurde wieder der deut-
 schen Arbeiterschaft geliefert, was von dieser Sorte zu erwarten ist. Unsere
 Mitglieder in dem Betrieb werden es sich angelegen sein lassen,
 den letzten Mann unserer Organisation zuzuführen.

Mannheim. Höhere Bildung scheint der Direktor Friedrich
 Schmidt der Herrscheimischen Metallwerke zu besigen. Kürzlich
 wurden einige Schleifer wegen zu hohem Affordpreis bei ihm
 vorbestellt. Ohne die Arbeiter richtig angehört, schrieb er sie an:
 „Nichts als, ich bezahle nicht mehr, die Konkurrenz, die Konkurrenz!“
 Später bekam einer von denen, die vorbestellt wurden, gekündigt.
 Als man sich nach den Gründen erkundigen wollte, erklärte der Herr
 Direktor: „Was, mit dem bin ich fertig, der hat die größte Preis,
 der was einfach was.“ Wer nun hier die schlimmste „Preis“
 an den Tag legt, können die Leser selbst beurteilen. Noch ein
 weiteres Stück „Bildung“ des Direktors Schmidt. Vor kurzer
 Zeit kam es vor, daß eine Sorte Lampen nicht zum besten ver-
 mittelbar war. Daraus schrieb Schmidt: „Holt mir den Nickelhub
 her!“ Mit diesem Nickelhub war aber nicht etwa ein jugendlicher
 Arbeiter gemeint, sondern der Vernichtungsmeister, der, nebenbei
 bemerkt, die hiesige Werkführerschaft abhört hat. So waren noch
 viele Fälle anzuführen; geradezu bedauerlich ist es aber, daß die
 Arbeiterklasse für eine solche brutale Behandlung hüten läßt. Wie
 Herr Schmidt sich bestimmt, so suchen es auch die Meister nachzu-
 machen. Die Schleiferer spottet geradezu jeder Beschädigung; Schleif-
 flach und Scherbenabfälle, Schmutz u. s. w. liegen zum Teil bis zu
 20 Zentimeter hoch. Vor einigen Monaten bis es: „Der Prinz

Heinrich kommt und wird unsere Fabrik besichtigen.“ Da
 ging es aber an die Kupferi. Prinz Heinrich kam allerdings nicht,
 aber etwas Gutes hatte es doch; es wurden wenigstens wieder ein-
 mal die Angelegenheiten geregelt. Wo es so aussieht, ist es da ein
 Wunder, wenn die Arbeiter schon selbständig die Angelegenheiten
 aufsuchen müssen. Hier wäre es angebracht, daß die Fabrikinspek-
 tion einmündig dreimalen würde. Es ist wohl ein Ventilator
 vorhanden, derselbe wird aber nicht in Gang gebracht; die Abzugs-
 rohre für den Ventilator sind vollständig zusammengebrochen. Kürzlich
 verließ nun der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
 die Schleifer zumachen; sofort hatten aber auch die Meister Wind
 davon, dem Meister Müller ordnete sofort an: „Leute wird
 länger gearbeitet, so lange wie man sehen kann.“ Einige Stunden
 später kam er jedoch wieder und erklärte, es sei nicht nötig, länger
 zu arbeiten, machte sich aber an das Affordschreiben und sagte zu
 den Arbeitern: „Ich will die Zettel in Ordnung bringen, damit
 nicht euer Schneider heute abend über mich verfallen kann.“ — Den
 Arbeitern riefen wir zu: Organisiert euch, schließt euch dem Deutschen
 Metallarbeiter-Verband an, damit endlich bessere Verhältnisse bei
 euch einkehren!

Mech. Eine Werkstättbesprechung mit Hindernissen.
 Am 28. September sollte in Ares bei Meß eine Werkstättbesprechung
 der im Eisenwerk und in der Gießerei beschäftigten Arbeiter statt-
 finden. Doch die Arrangements dachten, und die sorgfältigen Wächter
 der heiligen Ordnung ließen. Lange vor der festgesetzten Zeit
 patrouillierten drei Gendarmen vor dem Lokal, während ein Schup-
 wagen im Lokal selbst, umgeben von Soldaten des Eisenwerkes, postiert
 war. Als die von Meß erschienenen Kollegen im Nebenlokal Platz
 genommen hatten, wurde dem Wirte verboten, ihnen Getränke zu
 verabreichen. Auch durften die Arbeiter des Werkes ihre Getränke
 nicht mit herübernehmen. Man dachte wohl, daß die Arbeiter dort,
 wo keine Flüssigkeiten zu ergatten sind, auch nicht bleiben wollen.
 Daher große Enttäuschung bei der bewaffneten Macht, als sich trotzdem
 der Raum überfüllte. Kollege Widmann hatte jedoch kaum das Wort
 ergriffen, um den Zweck der Besprechung zu erläutern, als sie der
 Wächtermeister als eine öffentliche Versammlung für geschlossen erklärte.
 Obwohl Kollege Widmann an der Hand des Vereinsgesetzes für Schlaf-
 lothringen das Eindringen in die Versammlung sowohl, als die
 Schließung durch Gendarmen, als ungesetzlich zurückwies, mußte
 man doch der Gewalt weichen. Kollege Widmann eruchte dann
 die Kollegen, den Saal ruhig zu verlassen und weder Gendarmen
 noch Polizei Unflut zum Ein-dreiten zu geben. Durch das Vorgehen
 der Polizei wurde mehr agitiert als es das schönste Referat vermocht
 hätte. Die Meßer Kollegen wurden mit dem allgemeinen Wunsche
 von mehr als 200 Arbeitern an die Bahn geleitet, so bald als möglich
 wieder zu kommen. Bei dieser Gelegenheit zeichnete sich auch ein
 dortiger Bäckermeister, Heinrich Heiden in der Hauptstraße, durch
 Mangel an Bildung besonders aus. Raum hatten die Meßer
 Kollegen das Ge- Haus verlassen, als derselbe wie wütend aus seinem
 Laden klappte und sie in der unflätigsten Weise beschimpfte. Als
 sein Name notiert wurde, rief er: „Sie wollen wissen wie ich heiße?
 Ich heiße Sau... ich und Sie können mich im... ledern.“ — Noch
 ein paar solcher Versammlungsverhinderungen und Ares hat eine
 starke Metallarbeiter-Organisation. Glück auf!

Neu-Kruppin. Der Streit bei der Firma Graaf ist beendet und
 die Sperr aufgehoben.

Stettin. (Hirsch-Dunderfischer.) Den Lesern wird noch
 erinnerlich sein, welche Rolle während des Streiks bei der Firma
 Gebrüder Stoewer ein Herr Succow, Maschinenarbeiter bei
 genannter Firma, spielte. Dieser Herr Succow, der auch während
 des Streiks bei der Firma Gebrüder Stoewer als Arbeitswilliger
 immer mit dem gelobenen Revolver herumließ und mit dem Taschen-
 puffer hinter einigen Maurergesellen auf offener Straße schoß, dieser
 selbe Herr ist jetzt in der Stoewerischen Fabrik zu hohen Ehren
 gekommen. Er ist — hört es, ihr Gewerkschaftsmitglieder! — Ver-
 trauensmann der Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaft bei der
 Firma Gebrüder Stoewer geworden. Dieser jetzige Vertrauens-
 mann des Gewerkschafts faßt seine Aufgabe auch entsprechend seinem
 Verhalten beim Stoewerischen Streik auf. Er erklärt den Kollegen, die
 dazu dumm genug sind, es zu glauben, daß der Metallarbeiter-
 Verband keine Unterführungen zahle u. s. w. Succow scheint aber
 dabei ganz zu vergessen, daß er trotz seiner Behauptung so
 lange Unterführung erhielt, als er ausländig war. Erst als er
 Arbeitswilliger wurde, entzog man ihm die Unterführung. Ja,
 Succow verhielt sich sogar damals, die vom Verband erhaltenen
 Gelder wieder zurückzugeben. Bis heute ist das freilich noch nicht
 geschehen. Aber auch als Gewerkschaftsmitglied fühlt sich dieser
 „Vertrauensmann“ des Gewerkschafts. So sagt er unter anderem,
 als einige Kollegen sich über den verflochtenen Streit bei der Firma
 Gebrüder Stoewer unterhielten: „Weau es jetzt wieder mal zum
 Streit kommt, dann bleiben wir alle in der Fabrik; denn jetzt sind
 wir alle organisiert.“ Die Organisation, die Herr Succow meint,
 ist natürlich der Hirsch-Dunderfische Gewerkschaft der Maschinenbau-
 und Metallarbeiter, dem Herr Succow nach Möglichkeit Mitglieder
 zuführt. Welcher Geist überhaupt in diesen Gewerkschaften herrscht,
 geht daraus hervor, daß sie sogar schon unwillig sind, wenn sie
 am Sonntag nicht arbeiten dürfen! Die Firma läßt jetzt
 nämlich im Wagenbau auch Sonntags und zwar auch während der
 Feiertage arbeiten. Als nun einige Arbeiter der Hirsch-Dunderfischen
 feierlichen Arbeitswilligen darüber Vorhaltungen machten, erklärte
 einer dieser braven Arbeiter: „Wenn ich sechs Tage gearbeitet habe,
 dann kann ich auch noch den siebenten Tag arbeiten.“ Was aber
 dieser Vertrauensmann Succow in bezug auf einen zukünftigen Streit
 und die Haltung der Gewerkschaftsmitglieder dazu ankündigte, ist
 charakteristisch für das Verhalten dieser Organisation bei Streiks
 und Lohnbewegungen. Denn fast immer benützen die Herren solche
 Gelegenheiten, um ihrer Organisation Eingang in solche Fabriken zu
 verschaffen, wo sie vorher nichts zu suchen hatten. So ist's beim
 Odenwälderischen Streik in Anklam gewesen und so ist's jetzt auch bei
 der Firma Gebrüder Stoewer. Die ehemals Arbeitswilligen werden
 als Vertrauensleute des Hirsch-Dunderfischen Gewerkschafts be-
 stellt und diese sorgen dann für die Aufnahme aller anderen Arbeits-
 willigen in den Gewerkschaft. So kommt der Gewerkschaft dann
 zu Mitgliedern, die beim Streik „alle in der Fabrik bleiben“.

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Die Markthelfer der Leipziger Buchhandlungen sind in
 eine Lohnbewegung getreten und haben sämtliche Geschäften einen
 Lohnantrag vorgelegt. Für den Fall der Ablehnung haben sie mit
 Auslassung gedroht.
 Der Schreinerstreik in Düsseldorf ist nach vierzehntägiger
 Dauer beendet. Eine Holzarbeiterversammlung beschloß am 3. Oktober,
 die Arbeit ohne Berücksichtigung vertraglicher Abmachungen heute
 wieder aufzunehmen.
 Die Verwaltung des Bergarbeiter-Verbandes berichtet, daß
 laut Abrechnung bei der Kasse des Verbandes für die streikenden
 Ruhrbergleute 1841707 Mk. eingelaufen seien.
 In Aölnner Holzarbeiterstreik hatte der Unternehmer-Verband
 den Deutschen Holzarbeiter-Verband öffentlich ausgefordert, eine
 heime Abtünnung der Streitenden herbeizuführen; er meinte, daß
 Resultat würde für das Publikum eine große Überraschung sein, da
 die Mehrheit der Streitenden für die Beendigung des Streiks stimmen
 dürfte. Darauf hat der Holzarbeiter-Verband am 1. Oktober unter
 dem Vorsitzenden durch Stimmzettel geheim abstimmen lassen. Das
 Ergebnis war, daß nur neun Stimmen von den mehr als 500 Streitenden,
 von denen etwa 300 an der Abstimmung teilnahmen (die anderen
 standen meist Posten) für die Beendigung des Streiks abgegeben wurden.
 500 Handjuchmacher in Halberstadt nahmen am 2. Oktober
 nach zweimonatigem Streik die Arbeit wieder auf. Sie sind mit
 ihren Hauptforderungen unterlegen.
 Streik in der Karlsruher Parteidruckerei. Die Geschäfts-
 leitung des Volksfreund hatte eine Seksmaschine angeschafft. Der

München-Mittebach. Samstag, 14. Okt., abends halb 9 Uhr, im Wabe-Restaurant.

Neckarsulm. Samstag, 14. Okt., abends halb 9 Uhr, in der „Sonne“.

Neuchâtel a. S. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, im Cafe Wavaria.

Nordhausen. Samstag, 14. Okt., abends halb 9 Uhr, im „Hirsch“.

Oberstein. Samstag, 21. Oktober, abends 9 Uhr, bei H. Heine.

Oberursel. Samstag, 14. Oktober, abends halb 9 Uhr, im „Kühnenbrunn“.

Offenburg. Samstag, 21. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schützen“.

Oggersheim. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, zur „Pfaff“.

Ohlig. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Wagnmüller, Wetzlarerstraße.

Oberruf. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, in Topf's Restaurant.

Odenburg. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Brenner, Kurwitzerstr. 28.

Penig. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, in den „Drei Viken“.

Perleberg. Samstag, 14. Oktober, abends halb 9 Uhr, bei Hierahn.

Plauen i. V. Samstag, 21. Okt., abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schiffergarten“.

Queblitzburg. Samstag, 14. Okt., abends 8 Uhr, im „Vorwärts“.

Ravensburg. Sonntag, 23. Okt., vorm. 10 Uhr, in der „Bavaria“.

Rosenthal. Samstag, 21. Okt., abends 8 Uhr, im Sterngarten.

Schlössen. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, in der „Goldenen Krone“.

Siedlitzbrunn. Samstag, 14. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Mathies, in Hajede.

Spremberg. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Knorr, Fortentweg.

Stettin. Hauptversammlung, Sonntag, 22. Okt., nachmittags 2 Uhr, im Grabower Schützenhaus.

Stralsund. Samstag, 21. Oktober, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Frankendamm 18.

Strahburg i. G. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, im Alten Bahnhof.

Suhl. Samstag, 21. Okt., abends 9 Uhr, in der „Dombergstraße“.

Trebbin. Samstag, 14. Okt., abends 8 Uhr, im „Bad“.

Weglar (former). Dienstag, 17. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Schäfer, Hafenstraße 40/41.

Welsch. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Mühlmeister in Zornschilde.

Wetzlar. Samstag, 14. Oktober, abends 8 Uhr, bei Warmuschmidt in Weibag.

Wald. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Germania“, Kaiserstraße.

Wartstein. Sonntag, 15. Okt., vorm. halb 12 Uhr, bei Franz, Brafe.

Weinheim. Samstag, 21. Oktober, abends halb 9 Uhr, zur „Gold-Kofe“.

Weisenfeld. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, i. d. Zentralhalle.

Wetzlar. Freitag, 6. Okt., abends 9 Uhr, in der „Kofe“.

Zeitz. Samstag, 14. Okt., abends halb 9 Uhr, im „Schwarzen Wirt“.

Zorge. Sonntag, 15. Okt., abends 8 Uhr, im Hotel „Reißes Rog“.

Zwickau i. S. Samstag, 21. Okt., abends halb 9 Uhr, im „Belvedere“, Thailstr. 10.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Ursbach. Reisegeld nur von 7 bis 8 Uhr abends im Gasthaus zum „Goldenen Hirsch“, Kanalstraße.

Dittlage. Der former Otto Donath aus Neugersdorf wird aufgefordert, seine Adresse der hiesigen Ortsverwaltung (Arthur Frieder, Dittlage) mitzuteilen. Die Ortsbeamten oder sonstige Kollegen, denen seine Adresse bekannt ist, werden ebenfalls um Mitteilung erucht.

Dursach. Dem Kollegen Jakob Hirschauer ist laut Verjammungsbeschluß am 7. Oktober die Hausflüchtigkeit, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und die Annahme der Um- und Abmeldungen und die Meldungen zur Arbeitslosigkeit übertragen worden.

Offen. Die Aufforderung an den Schloffer Ludwig Diersbach aus Waldorf, das Bibliothekbuch Nr. 221 an die Ortsverwaltung Essen abzuliefern, beruht auf einem Irrtum.

Freiburg i. B. Reisegeld wird nur abends von 7 bis 9 Uhr bei Dr. Ketterer, Deurburg 20, p., ausbezahlt.

Samburg. Das Sekretariat der Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung (G. Feinke) befindet sich jetzt: Samburg 7, Besenbinderhof 56, 2.

Karlshagen. Im Angabe der Adresse des Schloffers Hans Dreger, geb. 29. März 1886 zu Didenburg, einget. 7. Mai 1904 zu Didenburg, wird erucht, S. Rückert, Wartgrafenstr. 26, 1.

Limbach Sa. Die former Paul Rätcher, geb. 14. Mai 1884 in Zug bei Freiberg, und Otto Kretschmer, geb. 14. April 1886 in Zschepplin, werden erucht, ihren Aufenthalt unverzüglich an Georg Leben kreit in Limbach Sa. gelangen zu lassen. Sie sollen als Zeugen vor Gericht fungieren. Die gleiche Bitte ergeht an die Ortsverwaltungen und die Vertrauensmänner.

Wetz. Sämtliche Sendungen sind zu richten an den Geschäftsführer Carl Demmer, Weg-Montigny, Parkstraße 55.

Olshaus i. B. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Fritz Wendt, Bahnhofstr. 19.

Gefürden.

Chemnitz. Maximilian Göffler, Rennmacher, 36 Jahre, Rippenfell- und Lungenerkrankung, 64. Anton Dondelinger, 25 Jahre.

Vorzugsangebote für Metallarbeiter! - Neueste Auflage!

Für nur 3 Mark monatliche Ratenzahlung erhalten Sie sofort vollständig

Die Praxis des Metallarbeiters

3 hocheleg. Bände und 2 Modellbände statt 45 Mk. nur 30 Mk.

Band 1: Die Maschinen-Elemente über 1250 Abbild., 700 Seiten Text.

Die Messinstrumente über 200 Abbild., 200 Seiten Text.

Band 2: Kraft- u. Hebe Maschinen über 1000 Abbild., 900 Seiten Text.

Richard Pippig, Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Firma

Gebrüder Rauh Gräfrath bei Solingen.

30 Tage zur Probe!

Echtes Pelz-Portemonnaie

Sehr dauerhaft. Immer sauber. Außerst angenehm im Tragen.



Abbildung in natürlicher Grösse.

No. 10 220 Herren-Portemonnaie aus echtem Grönländer Seehundpelz, mit Leder-Einfassung, Feder-Innenbügel, gut vernickeltes Klappschloß, im ganzen 5 Fächer, 7 1/2 cm hoch, 10 cm breit.

Preis ohne Beschläge nur Mark 1.60 franko.

Mit den Messing-Beschlägen wie auf Abbildung kostet das Portemonnaie 40 Pfg. per Stück mehr. Auf Wunsch bringen wir neben den oberen Beschlag noch je einen beliebigen Anfangsbuchstaben an, wofür 10 Pfg. extra berechnet werden. Für den ganzen Namen ist der Raum zu klein. Ebenso kann auf Verlangen statt Beschlag Glaube - Liebe - Hoffnung ein anderer Beschlag angebracht werden, zum Beispiel Stern, Krone, Adler, Pferd, Hufeisen, Kleeblatt etc. Bei Bestellung wollen Sie bitte bemerken, ob das Portemonnaie mit oder ohne Messing-Beschläge gewünscht wird.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrags.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten illustrierten **Prachtkatalog** über 5000 Gegenstände enthaltend und zwar: Alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie-, Gold- u. Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren, Christbaumständer, Christbaumschmuck und viele andere Artikel in grösster Auswahl. Wir bemerken noch, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Über 5000 lobende Anerkennungs schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.

So schreibt Herr Hartschen unaufgefordert: „Die Bestellung ist gestern hier angekommen, und bin ich damit sehr zufrieden. Im kann Ihnen meine volle Anerkennung betreffs Güte und Qualität nicht versagen, und werde ich mich bei Bedarf Ihrer wertigen Firma gern erinnern, auch in Freundes- und Bekanntenkreisen dieselbe empfehlen.“

(gez.) C. Hartschen.

Bei grösseren Sammel-Bestellungen Extra-Vergünstigungen.

PROTOKOLL über die Verhandlungen der 7. ordentl. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgehalten vom 12. bis 17. Juni 1905 in Leipzig.

Preis für Verbandsmitglieder 35 Pfennig. (Durch den Buchhandel bezogen Mark 1.50, inklusive Porto.)

Bestellungen werden nur durch die Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und deren Vertrauensleute vom unterzeichneten Verlag entgegengenommen.

Versand bis 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie., Druckerei und Verlag Stuttgart, Röttestrasse 16 B.

Musikinstrumente unter Garantie für Güte direkt aus der Fabrik von Lederer & Kreibitz, Markt-Kirchen No. 190

Umsonst und franko versenden wir unseren **Prachtkatalog** über prima Uhren jeder Art, reizende Ringe, hochmoderne Ketten, Gold- u. Silberwaren, Opern- u. Reisekoffer, Musikwerke, Phonographen, Photogrammische Apparate ohne Kaufzwang von 3,25 Mk. an

Deutsche Uhren-Industrie Berlin D. 18. Ausrüstet beste Bezugsquelle für Uhrmacher u. Händler.

30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie

unterzeichneter Meister

No. 27 sehr hoch - à Mk. 1.50
No. 29 sehr hoch - à 2.-
No. 31 sehr hoch - à 2.50

Sicherheitsmesser D. R. M. 1. In jeder Zeit 3500 Stück verkauft. (Berliner u. ungarische) Mk. 2.75.

Richtigkeiten des Messers liefert retour.

Wenn 300 Seiten Prachtkatalog gratis und franco an jeden.

Emil Jansen, Stahlwarenfabrik u. Versandhaus I. Wald No. 28 b. Solingen. []

Nach jedem Kauf fertige eine photogr. Vergrößerung in Brusthöhe []

Lebens- große 45/55 cm für 3 Rth. Porto, Verpackung 50 Pf. Spinnstoff, Halbfabrikat garantiert. Bild nachschickbar zurück. 1000 Stück zu Tage. Viele Dankschreiben.

Franz Giffner, Strassburger, Berlin 50., Südendstraße 29 III.

Sehen Sie Eine: 3zöhrige Konzert-Zug-Harmonika

12 Monate zur Probe

korrekt bei nur 5 Mark mit 3 rechten Registern, nur noch 5 Mark also wirklich 3zöhrig, 10 Tasten, 70 Orgelähnlichen Klängen und 2 Contrabass begleitenden Stimmen, Doppelbalg mit Eckenschonem, offener mit Nadelstab angeregter Klarinetten, 2 Zähler, elegante Verzierungen, Größe 35 cm. Dieses Instrument ist nicht mit den minderwertigen 3zöhrigen Instrumenten anderer Firmen zu vergleichen. - 2zöhrige mit 50 Stimmen kosten bei nur 4 1/2 Mark. - 4zöhrige mit 90 Stimmen nur 7 Mark, 2 Register, 21 Tasten, 4 Böden, 108 Stimmen nur 9 1/2 Mk. u. keine 10 u. 12 Mk. wie anderweitig.

Columbia-Zither 50 cm lang, 41 Saiten, 5 Accordeon 7 Mark

Amoretten-Drehorgeln mit einer 7 1/2 Mark. Selbstlernschale und Verplatte nur 1 Mark. Eke Sie anderweitig bestellen, verlangen Sie bitte stets erst meinen Katalog.

Man achte stets auf meine Firma:

Gustav Scholz, Neuenrade in Westf. No. 7. 1689

Soeben erschienen und durch alle Verwaltungsstellen, Bevollmächtigte und Geschäftsführer der Verwaltungsstellen zu beziehen

Metallarbeiter-Notizkalender für 1906

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder

Bezug durch d. Verwaltungsstellen für Verbandsmitglieder 50 Pf. •• für Nichtverbandsmitglieder oder durch den Buchhandel bezogen 75 Pf. pro Stück, exkl. 10 Pf. Porto.

Alexander Schlicke & Cie. Druckerei und Verlag Stuttgart, Röttestrasse 16 b.

Für Verbandsmitglieder!

Den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes bietet sich Gelegenheit, infolge Übernahme des ganzen Bestandes vom früheren Verlag, folgende Werte zu außergewöhnlich billigen Preisen zu erwerben.

Rogers, Die Geschichte der englischen Arbeit.

Sidney u. Beatrice Webb, Die Geschichte des britischen Grades Antoinismus.

Theorie u. Praxis der englischen Gewerksvereine (Band I und II).

Für die Bibliotheken der Verwaltungenstellen unentbehrlich.

Zukunft über die Bezugsbedingungen erteilen und nehmen Bestellungen entgegen die Ortsverwaltungen und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Lieferungen erfolgen nur gegen Voreinsendung des Betrags oder gegen Nachnahme.

Alexander Schlicke & Cie. Druckerei und Verlag Stuttgart, Röttestrasse 16 b.

Strickmaschinen: sind das beste Gewerksmittel. Auch auf Zeitabfuhr. Illust. Prachtkatalog geg. 30 Pf Briefmarken. P. Kirich, Döbeln.

MUSIK INSTRUMENTENFABRIK von ERNST HESS KLINGENTHAL & Co. MIT VERSAND AN PRIVATLEUTE

Best. Harmonikaa. 150 Sort. v. M. 2.50 bis M. 6.00, auch versch. Wechselmaschinen präpariert (Gitarren v. M. 2.50 bis M. 10.00, - Zithern v. M. 2.50, - Gitarren v. M. 4.50, Harmonium, Piano, Drehorgeln, Musikwerke, Mandolin, Mandolin, Mandolin, etc.) KATALOG (158 S.) UMSONST u. POSTFREI

Echt blaue Körper-Anzüge braune Mech.-Kittel Katalog und Proben gratis. **Berufskleiderfabr. D. Wurzel & Cie.** 3821 BERLIN, Brückenstr. 10 b.

Deutsche reiki. Solidaria-Fahrräder auf Wunsch Teilzahlung. Anzahl. 20, 30, 50 M. Abz. 8-15 M. monatlich. Reichsfahrräder von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig. Preisliste gratis und franko. **J. Jendrosch & Co.** Charlottenburg 5. No. 8. []

WER Stellung sucht, verlange per Karte die [] Allgemeine Vakanzenliste BERLIN 57, Neuehohestr.

Junger Graveur in allen Metall-Gravierungen erfahren, sucht Stellung. Offerten an [] W. Mertens, Magdeburg-Str., Stefaniestr. 2.

Gesucht ein tüchtiger **Feinmechaniker,** der in der Herstellung von Zieh- und Präzisionswerkzeugen durchaus bewandert ist. Gut bezahlte und dauernde Stelle. Offerten erbet. unter Nr. 507 an den Verlag d. Bl.

Verlangen Sie illust. Preisliste von der grössten holl. Zigarren- und Tabakfabrik **Ketels & Hagemann** Orsoy an der holl. Grenze. Versand an Jedermann zu Original-Fabrikpreisen. Zigarren von Mk. 30.- per mille, Tabak von Mk. -35 per Pfd. an aufwärts.

Gold- und Silberwaren.

Wecker-Uhren mit Absteiler v. 1,60 an

Nickel-Remont-Uhr, 50 St.-Werk v. 3,25 an

Echt silb. Remont-Uhren v. 6,90 an

Echt silberne Damen-Uhren v. 6,75 an

Echt gold. Damenhalsketten mit Schieber, 150 cm lang v. 12,50 an

Echt silberne Brosches v. -30 an

Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrags. Risiko zugesichert, bei Nichtgefallen Geld retour.

Uhren aller Art.

Julius Busse Berlin C. 19, Grünstr. 3/5 C.

Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzewaren, optischen Instrumenten, photographischen Apparaten, Musikwerken, Leder- und Stahlwaren, Uhrenformularen und Werkzeugen gratis und franko.

Optische Artikel.

Echt goldene Ringe v. 0,35 an

Kaffeervice, vernickelt, 4 teil., 3/4 Lit. v. 3,20 an

Brotkörbe v. -45 an

Tafelaufsätze, versilbert v. 2,40 an

Photographie-Albums v. 1,00 an

Musik-Instrumente mit Platten v. 3,90 an

Operngläser mit Etui v. 3,50 an

Wirklich billige und anerkannt reelle Bezugsquelle für **Wiederverkäufer, Uhrmacher und Händler.**

Photograph. Reparat.